50. Jahrgang 3-2017 € 5,00

STADT-RISSE

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet

Inhalt

Kolumnen

3 *Hermann Schulz*
Schlüsselerlebnis einer Generation
4 *Wolfgang Belitz*
Gini-Pakt für Deutschland

SCHWERPUNKT: Stadt-Risse

5 *Robert Bosshard*
Eine Reportage
6 *Harald Jochums*
Strukturwandel – Wo bleibst Du?
8 *Jessica Mudersbach / Stefanie Schulze*
Darf ich Sie zum Verweilen einladen?
10 *Heiko Koch*
Der rechtsradikale Mord an Josef Gera
11 *Dorothea Lüke / Ewald Zmarsly*
Hain der Menschenrechte in Recklinghausen
12 *Erich Fried*
Der Rand ***(und das Monstrum von Datteln)***
13 *Peter Strege*
Lob der Randunschärfe
14 *Roland Günter*
Evangelisch-kirchlicher Vandalismus im Ungeist des Mammons
15 *Norbert Pfänder*
Das Monstrum von Marl
16 *Carlo Lewerenz*
Zur Wohnungsfrage Deutschland 2017

Menschenorte 34

18 *Wolfgang Dominik*
Vom Zwangsarbeiterlager zum alternativen Wohnprojekt
19 *Rolf Euler*
Gesichtserkennung –
Überwachungs-Probelauf in Berlin
20 *Hartmut Dreier*
2. Juni – 50 Jahre. Rückblick auf die Veranstaltung

1wurf

21 *Claus Bredenbrock*
2. Juni 1967 – 18. Oktober 1977: Ein (west)-deutsches Jahrzehnt | 40 Jahre „Deutscher Herbst und eine Geschäftsidee der Firma Dornier

Palästina

23 *Uri Avnery – 2. September 2017*
Die Kreuzritter und die Zionisten

Impressum ... Seite 9
Abo-Bestellschein ... Seite 17
Lesetipps ... Seiten 14, 16, 20, 22
Anzeige Westfälisches Dampfboot ... Seite 9
Anzeige Peter Hammer Verlag ... Seite 24

Beilagenhinweis

Der ABO-Auflage liegt bei:
- Einladungsflyer zu: Ökumenischer Ratschlag – Sonntag, 8. 10. 2017, 10.00 – 17.30 Uhr in Mannheim
- Einladung Abrahamsfest 2017 (Teilauflage)

Editorial

Wir leben gerne irgendwie widerborstig inmitten von Stadt-Rissen. Denn die Stadt gehört nicht der „radikalen Minderheit“ der „Eliten“. Und Stadt und ihre Baukultur zählen zum „3. Pädagogen“; in Italien heißt das „citta educatrice“. Auch darum hat ***AMOS*** jährlich ein Heft zur „Stadt“: z.B. „Wem gehört die Stadt?“ (2|14), „Mitten am Rand“ (3|15),„Stadtlöcher“ (2|16), hier als 3|17: „Stadt-Risse“. Exemplarisch ist uns immer das (Rhein-)Ruhrgebiet mit seinem sog. „Strukturwandel“ in der „real existierenden“ „neo-liberalen“ Globalisierung: Wenn die Karawane der Profitmaschine weiter zieht, bleiben Großstädte, ihre Menschen und Natur zurück, in Bilanzen abgeschrieben. Gewinne sind einkassiert, Menschen und Natur abgehängt. Aber Gras, Gebüsch, Birken und anderes Grün sprießen in den „Rissen“, Menschen erobern sich „Brachen“ zurück, ziehen ihre Kürbisse, bauen Hütten, Kinder schaffen sich ihre Abenteuerorte. Gebäude werden abgerissen oder – besser – umgenutzt. Manches von „früher“ wird in seiner Schönheit neu (v)ermessen wie jetzt in der „Ruhrmoderne“.

Harald Jochums beschreibt seine Erfahrungen mit der Stadtentwicklung in Duisburg ohne und gegen die „BürgerInnen“ und zieht seine Schlussfolgerungen. Am Beispiel des Monstrums von Marl prangert *Norbert Pfänder* den Wahnsinn/Unsinn von Logistikzentren an. Alte Monstren wie der Dinosaurier E.ON-Kraftwerk „Datteln IV“ werden derzeit vom polit-ökonomischen Kartell angeblasen (dazu: Foto, *Erich Fried, Peter Strege*). Kirchenverantwortliche gerieren sich als Immobilienhändler: *Roland Günter* skandalisiert einen Fall aus Oberhausen, wo die einzige Kirche der Nazi-oppositionellen Bekennenden Kirche „weg muss“. Weil der Mietwohnungsmarkt oligopolitisch läuft, steigen Mieten mit und ohne Mietpreisbremse *(Carlo Lewerenz)*. Die Obdachlosen und Armen bei Bahnhöfen und auf öffentlichen Plätzen werden vertrieben oder verdrängt *(Jessica Mudersbach, Stefanie Schulze)*. Der öffentliche Raum der Stadt ist abgeschafft, privatisiert, militarisiert: Uniformierte, Bewaffnete, Security, Video-Überwachung (exemplarisch im Berliner Bahnhof Südkreuz – *Rolf Euler*). Aber widersprüchlich „komplex“ ist vieles, und mit listiger Lebenslust beobachtet *Robert Bosshard* das „smart-digitale“ Massenverhalten von Menschen, die sich selber genug sind, auch in öffentlichen Räumen.

Im Ruhrgebiet ist vieles ziemlich alt und hochaktuell: Die Schichten (und Geschichten) von Nutzung, Stilllegung, Brache, Abriss, Umnutzung freilegen – im „Menschenort 34“ tun das *Wolfgang Dominik*, *Manfred Walz*. An einen politischen Mord in Bochum erinnert *Heiko Koch*. Im „1wurf“ blickt *Claus Bredenbrock* auf den „bleiernen Herbst“ 1977 und die Vorgeschichte. 50 Jahre nach dem 2. Juni 1967 luden ***AMOS*** und „Wir Gründerstudenten“ am 2. Juni 2017 nach Bochum ein (ein kleiner Rückblick). Menschenrechte sind auch alt aber immer wieder aktuell – wie *Dorothea Lüke* und *Ewald Zmarsly* aus Recklinghausen beschreiben.

Dazu haben wir wie immer die Kolumnen von *Hermann Schulz* und *Wolfgang Belitz*, die „Palästinaseite“ und das Titelbild von *Manfred Walz*.

Zukunft: Im nächsten Jahr wird ***AMOS*** 50 Jahre alt, daher freuen wir uns über Vorschläge für ein Palaver im Herbst 2018. Eine erste ‚Spinnrunde‘ dazu ist am 10. Oktober ab 19.30 Uhr im Gemeinschaftshaus vom „buntstift“, Stiftstr. 40, Bochum-Langendreer.

Bis zum nächsten
AMOS

Hermann Schulz

Schlüsselerlebnis einer Generation

Die Bergische Universität Wuppertal veranstaltete ein Seminar zur Revolution in Nicaragua

Vom 17. bis zum 20. Juli trafen sich Politologen, Literaturwissenschaftler (aus Nicaragua, Uruguay, Kolumbien, USA und Spanien), Vertreter der Solidaritätsgruppen, Journalisten und Studenten in Wuppertal, um über die Kultur des Sandinismus in Nicaragua, die Revolution 1979 und die verschiedensten Aspekte von Ereignissen und Folgen zu sprechen. Historisch war Wuppertal der rechte Ort: Von hier aus, wo Ernesto Cardenal seine Bücher veröffentlichte, entwickelte sich die Solidaritätsarbeit ab 1977 über ganz Europa. Der Boden dafür war durch die Auftritte des Dichters (erstmals 1973) gut vorbereitet. Bei seinen Veranstaltungen traf er Persönlichkeiten wie Gollwitzer, Alberts, Bischof Scherf; schließlich Dorothee Sölle in Köln und den Nicaraguaner Enrique Schmidt, der dann 1977 den Anstoß gab, die Solidarität zu organisieren. Er wurde durch Mitwirkung der Evangelischen Kirchenleitung im Rheinland von der Somoza-Diktatur aus dem Gefängnis in Nicaragua entlassen; da war er schon Vertrauensmann der Sandinistischen Befreiungsfront FSLN.

Vermutlich war bis zu diesem Treffen in Wuppertal noch nie so viel internationale Kompetenz zu ganz verschiedenen Aspekten der Ereignisse an einem Ort versammelt. Die Initiative ging von Professor Matei Chihaia und dem Übersetzer Lutz Kliche aus. Ich fragte Matei nach seiner Motivation, ein solch aufwändiges Seminar zu veranstalten.

„Das Projekt ist im Dialog mit Barbara Potthast entstanden, mit der ich vor meiner Wuppertaler Zeit in Köln zusammengearbeitet habe. Wir hatten uns vorgenommen, Doktoranden aus verschiedenen Disziplinen, die sich alle mit Nicaragua beschäftigen, zusammenzubringen mit Experten, Linguisten, Literaturwissenschaftlern. Weil es sich um ein Thema der neueren Geschichte handelt, fanden wir es sinnvoll, auch Zeitzeugen einzuladen… Je konkreter die Planungen wurden, desto mehr stellte sich heraus, dass es schwierig wird, die Teilnehmer exklusiv einer dieser Gruppen zuzuordnen. Denn sehr viele der Revolutionäre oder der Mitglieder der Solidaritätsbewegung waren Wissenschaftler oder sind zu Experten geworden, und für alle war die Erfahrung Nicaragua ein Schlüsselerlebnis, das ihre Forschungen angestoßen hat…“

Es lag auf der Hand, dass zu Beginn des Seminars auch von den Anfängen die Rede sein würde; die Städtepartnerschaften (es gibt bis heute in Deutschland rund 80), die Herkunft der Aktivisten aus verschiedenen Lagern (Kirchen, Gewerkschaften, Studenten, politische Parteien), und dass es zu oft heftigen ideologischen Auseinandersetzungen kam.

Es kann hier nicht der Ort sein, alle Referenten und ihre Themen aufzulisten. Nachdem ich mich in die alten Dokumente der Gründerzeit (ab 1977) vertiefte und einige Referate hörte, stellt sich für mich die Frage nach der Motivation von einigen Tausend Aktiven in den Gruppen in unserem Land und einigen Tausend, die auf eigene Rechnung zum Kaffeepflücken, als Ärzte, Verwaltungsfachleute oder Handwerker nach Nicaragua reisten: Eine unvergleichlich große soziale

Foto: Alejandro Ferrari

Bewegung, wie es sie für ein Land der Dritten Welt bisher nicht gegeben hatte. Und wohl nicht wieder geben wird.

Meine Prognose ist natürlich subjektiv.

Es war
- die Hoffnung auf ein Projekt jenseits von Kapitalismus und Sozialismus, gepaart mit purer Abenteuerlust,
- die Faszination eines (armen) Landes, in dem wir (mit unserem Geld!) die schönsten Träume und Projekte verwirklichen konnten,
- die Ausstrahlung eines Systems, das Gerechtigkeit für alle, Teilnahme aller auf die Fahnen geschrieben hatte.

Und das in einem Land, das Dichterwerkstätten gründete, wo Befreiungstheologen Ministerämter innehatten, Alphabetisierungskampagnen durchgeführt und die politischen Parolen in schöne Poesie verpackt wurden.

Was geblieben ist von solchen Träumen sind aktive Städtepartnerschaften jenseits von ideologischen Verführungen, aber auch Enttäuschungen angesichts gescheiterter Projekte und über die heutige unselige Realität in Nicaragua unter Daniel Ortega und seiner Frau Rosario Murillo.

Wir haben seinerzeit unglaublich viele Realitäten übersehen, wollten sie nicht sehen! War deshalb alles Engagement falsch? Ich würde heute sagen: Auf keinen Fall! Das Projekt hat vielfältige Spuren hinterlassen, in Nicaragua und bei uns! Wir sind um viele wichtige Erfahrungen reicher, vor allem, dass das Projekt Zukunft eine immerwährende Aufgabe bleibt und nicht mit den Parolen einer noch-so-schönen Revolution erledigt ist.

Wenn Sie das Programm „La Cultura del Sandinismo en Nicaragua“ interessiert, wenden Sie sich per Mail an mich: schulz-hermann@t-online.de. Ich schicke es Ihnen gern zu.

***Hermann Schulz** lebt aus Autor von Kinder- und Jugendbüchern in Wuppertal. Er war Gründungsmitglied des Informationsbüros Nicaragua, reiste zwischen 1969 und 2016 rund 25mal nach Nicaragua und war von 1979 bis 1983 einer der drei „Sekretäre der europäischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua“, eingesetzt von der FSLN.*

Wolfgang Belitz

Gini-Pakt für Deutschland

Wenn diese Kolumne erscheint, ist die Bundestagswahl vorbei. Wahrscheinlich gibt es eine Schleswig-Holstein-Koalition mit Lindner als Vizekanzler. Die Politik der sozialen Ungleichheit wird nicht nur fortgesetzt, sondern schleichend vertieft.

Im Vor- und Hauptwahlkampf gab es zwei ganz gute Vorlagen, die beide leider sofort ins Aus gingen. Am 17. April 2017 erschien der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, und der Aushilfskanzlerkandidat der SPD erklärte alsbald nach seiner Nominierung, dass das Thema „Soziale Gerechtigkeit" der Schwerpunkt seines politischen Programms sein werde.

Soziale Gerechtigkeit meint Verteilungsgerechtigkeit. Um darüber sprechen zu können, bedarf es einer umfassenden Aufklärung darüber, wie es damit in Deutschland aussieht. Darum hatten die Kirchen in ihrem Sozialwort von 1997 die Forderung nach einem Reichtumsbericht erhoben und begründet. Schon der in der Folge 2001 erschienene 1. Reichtumsbericht machte das Dilemma deutlich: Die Macher des Berichts stellten bereits im Vorfeld fest, dass in Deutschland der Reichtum, also die obersten Einkommen und Vermögen, nicht in zuverlässiger Weise statistisch erfasst werden kann. So gibt es beispielsweise eine „Abschneidegrenze" bei 18.000 Euro. Sie besagt, dass wegen abnehmender Auskunftsbereitschaft (!) die Haushalte mit Einkommen jenseits dieser Grenze statistisch überhaupt nicht erfasst werden. Die deutschen Reichtumsstatistiken (EVS) werden ohne Kenntnis des Reichtums angefertigt. Fest steht, dass der private Reichtum hierzulande unaufhörlich wächst und seine Verteilung am Ende nur noch in irrationalen Statistiken abgebildet werden kann.

1998 betrug das Geldvermögen der privaten Haushalte 2.337 Mrd. Euro. Davon entfielen 43% auf die vermögendsten 10% der Haushalte und nur 4,5% auf die unteren 50% der Haushalte.

2016 beträgt das Geldvermögen der privaten Haushalte 5.676 Mrd. Euro. Das bedeutet eine Steigerung um 143% (!). Den oberen 10% der Haushalte gehören 60% der Summe und 2,5% entfallen auf die unteren 50% (Quelle: Bundesbank). Die pathologischen Ungleichverhältnisse sind ein starkes Indiz für eine kranke Gesellschaft.

Forscher der Universität Basel sind in einer repräsentativen Untersuchung diesen Fragen bei der Wählerschaft nachgegangen und haben in der Dunkelheit wichtige Lichter aufgesteckt. Die Bevölkerung wird in Quintile eingeteilt, denen dann in absteigender Linie die Anteile am Vermögen zugeordnet werden. Zunächst wird die reale Verteilung des Nettovermögens[1] nach der Statistik dargestellt, daneben wird die von den befragten Bürgern geschätzte Verteilung festgestellt und schließlich wird die von ihnen gewünschte Verteilung vorgestellt:

	Real	Geschätzt	Gewünscht
Reichstes Quintil	73,60%	53,10%	30,00%
Zweitreichstes Quintil	21,40%	20,80%	22,30%
Mittleres Quintil	6,00%	13,10%	18,70%
Zweitärmstes Quintil	0,70%	8,00%	15,60%
Ärmstes Quintil	1,50%	4,80%	12,80%

Jede Leserin wird mit dem gesunden Menschenverstand und großem Interesse an dieser Tabelle zahlreiche Beobachtungen machen und neue Erkenntnisse gewinnen können.

Die umfassendere Datengrundlage der Bundesbank zeigt eine noch krassere Verteilungsrealität als andere Statistiken. Die Wählerinnen und Wähler unterschätzen die reale soziale Ungleichheit in Deutschland drastisch. Sie haben keine Ahnung von Reichtum und Armut in ihrem Land. Obwohl die geschätzte Verteilung eine wesentlich gleichmäßigere Vertelung annimmt als es der Realität entspricht, halten die Befragten einen deutlich weitergehenden Abbau der Ungleichheit für wünschenswert d.h. gerechter.

Die Befragung hantiert dann mit dem Gini-Koefizienten[2] (GK), einer einzigen Maßzahl, die in einem Koordinatensystem zur Einkommensverteilung zwischen dem Punkt 0 (Gleichverteilung) und dem Punkt 1 (Einkommenskonzentration auf eine Person) das Ausmaß der Ungleichheit in einer Gesellschaft festhalten kann.

Die reale Verteilung ergibt einen GK von 74% der totalen Ungleichheit, die geschätzte Verteilung ergibt einen GK von 44% und die gewünschte einen von 17%. Das ist ein sensationelles Ergebnis. Dazu gibt es einen extrem starken Wunsch der Wählerschaft nach einem radikalen Abbau der Ungleichheit der Vermögen. Die Befragung hat auch ergeben, dass die Wählerschaft aller Parteien ein solches Vorhaben unterstützen würde.

Mehr soziale Gerechtigkeit sollte das beherrschende Thema des Wahlkampfs der Sozialdemokraten werden. Dazu genügt es nicht, diese oder jene Forderung für einzelne Maßnahmen aufzustellen. Das hier gezeigte Ausmaß der Verteilungskatastrophe in einer kranken Gesellschaft nötigt zu einem umfassenden Reformprozess zur Verringerung oder gar Aufhebung der Differenz zwischen dem jetzigen Zustand GK 74 Prozent und dem Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung GK 17 Prozent. Das wäre ja ein klarer und leichter Weg, wenn die Bevölkerung etwas zu sagen hätte, da Einigkeit in der Zielsetzung besteht. Nötig wäre jetzt die Entwicklung eines Konzepts, mit welchen Reformen dieser Weg in den nächsten Jahren und Jahrzehnten beschritten werden kann: Das ist mein Vorschlag für einen *„Gini-Plan für Deutschland"*.

Der Kreis schließt sich. Im aktuellen Reichtumsbericht 2017 heißt es: *„Der Bericht ist ein Beitrag zur Umsetzung der ‚Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung' der Vereinten Nationen, die im September 2015 von 193 Staats- und Regierungschefs in New York angenommen wurde. Damit verpflichtet sich Deutschland, gemeinsam mit allen Unterzeichnerstaaten,* ***zur Reduzierung von Ungleichheit und Armut*** *in all ihren Dimensionen."*[3]

[1] Geldvermögen + Immobilienvermögen – Schulden der privaten Haushalte, Quelle Stat. Bundesamt

[2] Genaue Erklärungen z.B. im 1. Armuts- und Reichtumsbericht von 2002 S.21 oder bei Wikipedia

[3] S. 78

Wolfgang Belitz, *Mitherausgeber und seit 1998 ständiger Kolumnist des* ***AMOS****, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna*

Robert Bosshard

Eine Reportage

…dann schalteten sie die Kamera des Smartphones um auf Selbstportrait, achteten darauf, vorteilhaft oder selbstbewusst oder bewusst-affig ins Bild zu kommen, zielten auf den Hintergrund, damit sichtbar wurde, wo sie sich befanden, drückten, soweit vorhanden, irgend ein Schätzchen sich an die Wange, und teilten diese Message mit ihren Whats-app-Freunden. Egal wo man sich befand, in der Kneipe, im Einkaufszentrum, vor dem Rathaus, hoben sie ihre rechte Hand und blitzten direkt ins eigene Gesicht, hübsch zumeist. Damit erreichten sie eine wunderbar persönliche Präsenz in dem für sie dadurch touristischen Raum, obwohl dieser sie doch bloß als Folie umfing, Hauptsache, sie konnten damit beweisen, irgendwo sie selbst zu sein. Es ging ihnen darum, ihre Angst vor der ihnen angebotenen Irrealität des öffentlichen Raums zu dämpfen. Daraufhin stülpten sie den Kopfhörer sich über die Ohren, um auf dem Heimweg unabhängig vom höllischen Krach des städtischen Alltags und losgelöst vom unberechenbaren Schweigen der Natur, zum Rhythmus des eigens für sich abonnierten Musik-Streams nun auf Distanz zur feindlichen Öffentlichkeit sich selbst zu finden. Das Logo auf dem T-Shirt, respektive das Graffiti eingeritzt in die eigene Haut, wirkte zunächst plakativ, dann durchaus wie Zierde, und entpuppte sich schließlich als an die Öffentlichkeit gerichtete Bitte um einen sozialen Status, sei es im Heimweh nach einer Mutti, in der Hoffnung auf Zugehörigkeit zu einer Kirche, einem Fußballclub oder einer mächtigen Firma, da die Öffentlichkeit keinen Dreck sich um sie scherte. Und schließlich, das war die Höhe, luden sie sich, egal ob zu Fuß unterwegs, per Rad oder im Auto, die Googlemaps aus dem Netz herunter, um dank deren Anweisungen durch die jede Orientierung verzerrende und alle Wahrnehmung dominierende Verkehrsinfrastruktur automatisch wie bewusstlos an jene persönlichen Ziele herangeführt zu werden, die ansonsten aus Mangel an natürlicher Übersicht aus den Augen verloren gegangen wären. Aber nicht nur das, bei genauerem Hinsehen konnte man an ihren Armen Uhren erkennen, Hilfen zur Pflege und dem Erhalt der persönlichen Gesundheit. Die aus all dem resultierende, umfassend technologisch gestützte Selbstkontrolle kulminierte an den mittig im privaten Haushalt platzierten, verbal kommunizierenden Informationszentralen, welche sämtliche öffentlichen Anmutungen mit den persönlichen Bedürfnissen abglichen und praktisch handlungsorientiert zusammenfassten. Und so konnte ich erleben, wie aus der im persönlichen Umgang verloren gegangenen konkreten Umwelt, wie gezaubert ins Private, unabhängig von der verwahrlosten öffentlichen Realität, ein Zuwachs an virtueller Unsterblichkeit entstand, eine selbstbeherrscht simulierte eigene Welt.

Also war es ein großes Glück (oder war es Vorsehung?), dass beim Abzug der Schwerindustrie aus der Region die vormals über ihre Arbeitsplatzangebote die Bevölkerung kollektivierende Kapitalmacht gleichzeitig den zurückgebliebenen Bewohnern des Ruhrgebiets die neusten elektronischen Apparaturen in die Hände spielte. Das Urban Gardening auf dem wüsten Gelände von Opel allein hätte doch niemals ausgereicht, die Lücken, welche der nun erfolgende Strukturwandel gerissen hatte, zu schließen. Sogar die den Steuerzahler irrsinnig teuer zu stehen kommende Ernennung der Ruine Zollverein zum Weltkulturerbe beschränkte sich auf den Faktor Imagegewinn und Fahrradtourismus. Allein etwas ausgleichend war doch, dass die oben beschriebenen smarten, schier omnipotent ihre Nutzer individualisierenden Kommunikationsmedien den in politischer Lethargie und demokratischer Lähmung erstarrten Ruhrkommunen einen schwachen Elektronikschock versetzten. Man hatte sich nämlich zuvor in zentralen Bereichen der öffentlichen Kultur in wahrer Agonie befunden, und das Fehlen historisch glaubhafter Zukunftsperspektiven hatte jeglichen Willen zur demokratischen Auseinandersetzung blockiert. Jenseits der Verkehrsadern und hinter den Plakatwänden war alles Handeln in der Öffentlichkeit alleingelassen buchstäblich zum Stillstand gekommen. Statt dessen wurden in den Rathäusern zu höchsten Preisen irre Werbekampagnen ausgeklügelt, unerhörte Massenveranstaltungen initiiert, elitäre Kunstevents eingekauft und alle Hütten zu Konsumtempeln umfunktioniert, die alle wie Sinnprothesen funktionieren sollten, um den Verfall des alltagsnahen öffentlichen Raums hinter synthetisch simulierten Schauerlebnissen zu verbergen.

Natürlich wirkte es zunächst völlig absurd, den Willen zur Rekonstruktion von öffentlichen Räumen auf die Basis einer medial geprägten Schwachstrom-Individualisierung zu setzen. Aber gegenüber dem reaktionären Stillstand einer ganzen Gesellschaft hat jede Absurdität, solang man darin nicht versinkt, absolut Sinn, um in rebellischer Vernunft daran weiterzudenken. Zwar trägt die Ruhrkultur noch vielerlei Erinnerungsräume in sich, aber naturwüchsig und prägend wirkt primär ihr Vergessen. Und so waren zum Zeitpunkt dieser Reportage die Bewohner der Region kaum mehr in der Lage, das Leben, das durch sie hindurchging, zu objektivieren. Was blieb, war „Daumen hoch oder runter“, als Smiley oder als ein Fluch, was immerhin als minimal meinungsbildende Zeichen zwischen den Ereignissen (innerhalb der leeren Aktualität) verstanden werden kann.

Robert Bosshard *wohnt in Oberhausen.*

Harald Jochums

Strukturwandel – Wo bist Du?

1. Strukturwandel

Seit einigen Jahrzehnten geistert ein Begriff durch unser Revier, von dem man sich so recht keinen Begriff gemacht hat, gleichwohl er enorm klingt: Strukturwandel.

Leider hat man es versäumt, sich die richtigen Fragen zu stellen. Stattdessen hat man mit hohlen bis öden Begriffen um sich geworfen wie z.B. „Leuchttürme“ (mitten auf dem Land!), „Meilensteine“ (im Land der metrischen Systeme!) und „Rückbau“. Letzterer bedeutete aber nichts weiter, als dass die Bagger anrollten und alles kurz und klein holzten, was typisch Revier ist, nach dem Motto: „Hau wech den Scheiß.“ Das Ganze wurde dann in Hochglanzbroschüren verpackt, in denen sich „Honoratioren“ ablichten durften. Und so fragen wir uns, wieso es bei den vielen Leuchttürmen immer noch düster aussieht und wir keine Meile vorankommen, die vielen Staus hierfür ein Symbol sein können.

Eins hat man dabei völlig vergessen: Die Menschen im Revier.

Sie waren es, die es maßgeblich mit aufgebaut haben und denen mit dem Niedergang der wirtschaftlichen Hauptsäulen Kohle und Stahl nicht nur die Arbeitsplätze, sondern ihr Lebensinhalt und damit ihr Lebensgefühl weggebrochen ist.

Sollten wir uns deshalb nicht besser fragen: Was können wir? Wodurch zeichnen wir uns aus? Wie lässt sich die überkommene Struktur beschreiben, was können wir davon erhalten, worauf können wir aufbauen? Wie können wir uns eine neue „Heimat“ schaffen? Solche Fragen wurden nicht gestellt.

Wer ist aber „man“? Dabei handelt es sich um die entscheidenden Entscheider und sog. Experten aus Industrie und Politik. Wir Bürger wurden bestenfalls informiert, die Veranstaltungen segelten dennoch unter dem Motto: „Bürgerbeteiligung“. Ein weiterer hohler Begriff: Bürger beteiligt Euch, aber redet uns nicht rein.

2. Das Beispiel Duisburg

Am Beispiel Duisburg sind die inhaltsleeren „Konzepte“ gut aufzuzeigen. Das einzig vorzeigbare, verwirklichte Projekt ist der Landschaftspark Nord, ein stillgelegtes Hüttenwerk, das nach behutsamem Umbau zu nutzen und zu besichtigen ist. Und wer hat die entscheidenden Impulse dafür gegeben? Duisburger Bürger und Bürgerinnen. Wenn es nach dem Willen der schon genannten Entscheider gegangen wäre, könnten wir bestenfalls auf öde, mit riesigen, aus Trapezblechen zusammengeschusterten Zigarrenkisten vollgestellte Flächen gucken, auf denen LKWs hin und herfahren und be- und entladen werden, wie in den Logports (z.B. in Rheinhausen als „Ersatz“ für das ehemalige Krupp-Hüttenwerk) zu „erleben“. Oder uns in „Centern“ und „FOCs“ (Factory Outlet Center) ergehen.

Bild 1:
„Grüngürtel Duisburg-Nord“ mit Mauer, Stahlwerk und alter Bebauung

Hierzu gibt es ebenfalls eine Hochglanzbroschüre, visionär mit „Duisburg 2027“ betitelt. Ein Meisterwerk der Inhaltslosigkeit. Wie man z.B. „Nahtlagen“ von Industrie und Stadt „entzerren“ kann, können wir uns im „Grüngürtel Nord“ in Bruckhausen ansehen (Bild 1). Dort wurden mit mehr als 50 Mio. Euro Steuergeldern viele hundert Menschen vertrieben, wertvolle stadtteilprägende Bausubstanz aus der Gründerzeit des Stahlwerks Thyssen abgerissen und ein mit Betonmauern umwehrter sog. Park errichtet. Er sollte ursprünglich die Emissionen von Thyssen fernhalten. Das will nicht so recht gelingen, weil die Betonmauern nur 6 m hoch sind im Vergleich zu der zerstörten Bebauung von 18 m. Es ist also lauter und dreckiger als vorher. Ein neues Parkgefühl.

Auch mit der Siedlung am Zinkhüttenplatz in Hamborn (Max Taut) wollte man ähnlich verfahren: Vertreibung der Bewohner und Abriss für ein mehr als fragwürdiges „FOC“. Leider haben sich die Bewohner an dem Planungsprozess ungebührlich beteiligt und sich gewehrt (Bild 2). Nunmehr

Bild 2:
Siedlung am Zinkhüttenplatz mit protestierenden BewohnerInnen

renoviert ein Investor des Vertrauens (gibt es also noch) die Siedlung – wiederum auf Betreiben der Bewohner und ihrer Unterstützer aus der Bürgerschaft. Die „Idee“ eines „FOC“ hat man aber deswegen nicht aufgegeben und will nun eins in der Nähe des Hauptbahnhofs bauen, was der Innenstadt den Rest geben wird. Das „Centro“ in Oberhausen lässt grüßen. Dümmer geht‘s nümmer.

Überhaupt die Innenstadt, die hauptsächlich aus einer Straße, der Königstraße, besteht: Die versucht man nun seit vielen Jahrzehnten zu beleben. Überwiegend mit „Centern“. Betrachten wir aber die drei anderen Seiten dieser Shopping-Paradiese, wird‘s wieder düster. Von Belebung keine Spur, wie in meinem kleinen Video „Center in the City“ nachzuvollziehen (https://www.youtube.com/watch?v=Z-WRDRiSDI4)

Der Amtsleiter des Planungsamtes hat es im Radio mal so zusammengefasst: „Das A und O eines jeden Stadtplaners sind die Investoren.“ Unsere Städte werden also verkauft. Inhalts-, ideenloser und zerstörerischer geht‘s nicht mehr. Das Ergebnis sind Öde und Belanglosigkeit, die heute viele Städte auszeichnet.

Und: Warum studiert dann noch irgendjemand „Stadtentwicklung“? „Investoren-Coaching“ wäre doch angebrachter und effektiver. Von Bürgerbeteiligung aber keine Spur. Sie findet nur pro forma statt und wird von Politiker so ausformuliert: „Wir müssen den Bürger mitnehmen.“ Müssen? Warum nicht wollen? Und werden wir gefragt, ob wir überhaupt mitgenommen werden wollen? Und wenn ja, wer bestimmt das Ziel der Reise, ... ?

Bild 3:
Bruckhausen: Perspektive einer Wohnstraße

3. Geht es aber auch anders?

Wie an den Beispielen abzulesen, findet Demokratie bei uns nur pro forma und auf Druck von uns Bürgern statt. In Wirklichkeit leben wir in einer „wirtschaftsgesteuerten, feudalistischen Parteien-Oligarchie“ (Eigenzitat) – feudalistisch, weil immer noch das meiste von oben nach unten bestimmt wird. Und die Wirtschaft kennt nur einen Wert, nämlich, dass das Geld möglichst schnell dahin fließe, wo es sich am besten vermehrt – ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Verluste. Und die Parteien scheinen Themen unserer Gesellschaft auch nur nach einem Kriterium aufzunehmen und zu behandeln: Nützt das meiner Partei oder schadet es? Ansonsten werden uns Bürgern undiskutiert Begriffe wie Wachstum, Globalisierung, Digitalisierung um die Ohren gehauen. Ohne weitere Begründung versteht sich. Von inhaltlicher Diskussion keine Spur.

Zurück zur Stadt, der kleinsten Zelle einer Staatengemeinschaft: Wem gehört die Stadt eigentlich und für wen ist sie gebaut? Die Antwort scheint einfach zu sein: Uns Bürgern und Bürgerinnen. Die Stadt ist unser Lebensraum, wie ja auch Begriffe wie „Bürgersteig“ signalisieren. Und der wird verplant und verkauft, ohne dass wir wirklich Einfluss darauf nehmen können?

Wie es auch anders geht, zeigen Städte wie z.B. Maastricht (Holland), Gent (Belgien), Aarhus, Kopenhagen (Dänemark), Portland (USA) und Liverpool (England) mit seinem Viertel „Granby Four Streets“. Dort sind lebendige Städte und Stadtviertel entstanden. Überwiegend mit direkter Beteiligung der Bürger, die sich deshalb auch mit ihrer Stadt, ihrem Viertel identifizieren und ihre Energie (!) einsetzen können.

Ganz so einfach, wie es scheint, ist es hingegen nicht. Es hat z.B. keinen Sinn, politische und wirtschaftliche Dilettanten durch bürgerliche Dilettanten zu ersetzen, zudem es auch immer wieder Menschen bedarf, die bedachte Impulse geben – je ungewöhnlicher, desto besser. Und dass diese Impulse auch aufgenommen werden ...

Und da tut sich unser Revier schwer. Zu sehr lasten noch die alten hierarchischen Monostrukturen und Seilschaften auf unserem Denken. Wie oft habe ich nicht die unbewiesene Behauptung gehört: „Dat geht nich!“? Und diejenigen, die von den überkommenen Strukturen profitiert haben, mögen natürlich nicht von ihren Vorteilen lassen, sperren sich folglich jeglichen Veränderungen – es sei denn, sie sind in ihrem Sinne.

Zunächst müssen wir uns aber informieren und diskutieren, wie Stadt geht und wie Leben sinnvoll für uns ist. Ansonsten dilettieren wir nur weiter wie die städtischen und staatlichen Verweser und Verwalter. Einfach nur abzustimmen, wie in Volksentscheiden vorgesehen, reicht also nicht, wie leidvoll auch am sog. Brexit abzulesen. Wie viele Menschen, die darüber abstimmen konnten, wirklich die Folgen abschätzen konnten, bleibt fraglich, zumal die Diskussion eher plakativ und nicht inhaltlich bis hin zu demagogisch geführt wurde.

Und wo könnten wir das tun? Zum Beispiel im Ratssaal, in einem „Haus der Bürger“ oder auf den Marktplätzen – möglichst parteien- und ideologienlos. Im größeren Maßstab gibt es so ein Haus der Bürger schon: Das alte, neue Parlamentsgebäude in Bonn, das, nur kurz bis zur Wiedervereinigung genutzt, nun leer steht. Mit diesem Gebäude hat übrigens der Architekt Günter Behnisch versucht, Demokratie zu bauen. Kein schlechter Versuch.

Ich habe selber ein Haus der Bürger in Berlin neben dem Kanzleramt vorgeschlagen und sogar einen konkreten Vorentwurf dazu gemacht. Der stieß bei den Bundestagsabgeordneten allerdings auf wenig bis gar keine Gegenliebe.

Und in welcher Form könnten wir uns organisieren? Zum Beispiel in parteilosen, unabhängigen Bürgerräten. Claus Leggewie hat sie „Konsultative“ genannt – und institutionalisiert, was ich für einen Fehler halte, wie ich selber in dem „Beirat für Stadtgestaltung“ zu Duisburg erleben musste.

Es steht uns also ein langer Weg bevor, bis wir alle zusammen gelernt haben, Demokratie zu verstehen und zu leben. Lassen wir uns aber nicht beirren und fangen wir an.

Ich hatte z.B. die Idee, mich mit einem selbst entworfenen, selbst gebauten, einfachen Stand auf die Haupteinkaufsstraße in Duisburg zu stellen mit der Frage: „Neuanfang – wo bist DU?“ (Das Ziel „Neuanfang“ hatten wir uns bei der Initiative zur Abwahl des OB Duisburg Sauerland gesetzt, so tautologisch der Begriff auch ist.) Vielleicht schaffe ich es noch vor der Bundestagswahl.

Und dann wird diskutiert. Schau‘n wir mal, was dann geschieht ...

In Bochum hat übrigens der Journalist Richard. A. Fuchs kürzlich an mehreren Tagen in der Innenstadt eine Demokratie-Sprechstunde abgehalten. Auch eine gute Idee.

Harald Jochums *(69) ist u.a. Architekt für Ökologisches Bauen in Duisburg-Rheinhausen. Er lebt in einem umgebauten Doppelwasserturm, der ursprünglich abgerissen werden sollte. (Text + Bild 1+2) | Foto 3: Manfred Walz)*

Jessica Mudersbach / Stephanie Schulze

Darf ich Sie zum Verweilen einladen?

Durst und Frust am Willy-Brandt-Platz in Essen

Eine Betonwand ist mit Graffitis beschmiert. In ihrem Schatten zahlreiche ungenutzte Fahrradständer und acht triste Betonwürfel. Fünf davon ausgestattet mit einer hölzernen Sitzfläche. Dazwischen ein feuerfester Mülleimer. In der Ecke ein metallenes Gestell, einer Telefonzelle ähnlich. Unten mit Metall verkleidet, oben nur ein Gerüst: ein Pissoir. Davor eine Stufe, damit es auch Frauen nutzen können. Im Hintergrund sind die ein- und ausfahrenden Züge des Essener Hauptbahnhofs zu hören. Ein gemütlicher Ort, der zum Verweilen einlädt, zum Quatschen mit Freunden, Spaß haben und zum Leben genießen? Wohl eher nicht!

Der Ort, der zum Verweilen einladen soll: Hollestraße unmittelbar neben dem Essener Hbf. Foto: Jessica Mudersbach

Doch das ist es, was sich die Stadt Essen dabei wohl gedacht hat. Der Ort soll Menschen einladen, sich hier zu treffen und Zeit zu verbringen. Hier geht es allerdings nicht um irgendwen. Es geht um ganz bestimmte BürgerInnen der Stadt, die AnwohnerInnen, PassantInnen und Geschäftsleuten ein Dorn im Auge sind. Die sogenannte „Trinkerszene“ trifft sich Tag für Tag auf dem Willy-Brandt-Platz unmittelbar vor dem Hauptbahnhof in Essen. Dem Tor zur Einkaufsstadt. Ein Entrée, das zum Flanieren und Einkaufen einladen soll. Und stattdessen: das wahre Leben. Wohnungslose, Alkohol- und Drogenabhängige, Menschen die einfach Teil der Gesellschaft sein wollen, bei denen die finanziellen Ressourcen für das schicke Café jedoch nicht ausreichen. Eine schwierige (viele unterschiedliche Interessen berührende) und zugleich aber auch zu erwartende Situation im öffentlichen Raum. Ein als öffentlicher zunächst inklusiver Raum, der allen offensteht und damit auch Konflikte zwischen den NutzerInnen birgt, wie Prof. Dr. Fabian Kessl von der Universität Duisburg-Essen erklärt. Laute Unterhaltungen, Pöbeleien, wildes Urinieren. Lärm- und Geruchsbelästigung sind vor allem dem Einzelhandel ein Dorn im Auge. So die Anschuldigungen. Zahlreiche Beschwerden sorgen schließlich für die Präsenz in kommunalpolitischen Debatten.

Schattenseiten: Die Marktkirche als alternativer Diskursraum

Auch in der evangelischen Marktkirche in der Essener Innenstadt, nur wenige Gehminuten vom Ort des Geschehens entfernt, wird darüber gesprochen. Am 16. Mai hatten das Diakonische Werk und die Evangelische Kirche in Essen gemeinsam mit der Bochumer Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe eingeladen, dieses Thema zu diskutieren. Zahlreiche (nach Setting und Menge unterschiedlich viel Alkohol konsumierende) BürgerInnen, PolitikerInnen, Fachkräfte, HelferInnen und Studierende sind der Einladung gefolgt und haben den o.g. Vortrag zum Thema von Prof. Dr. Fabian Kessl (Universität Duisburg-Essen) gehört. Im Anschluss wurde auf dem Podium im Dialog mit dem Publikum diskutiert. Dass der städtische Ordnungsdezernent, Christian Kromberg, die Leiterin des Sozialzentrums in der Maxstraße, Petra Fuhrmann, die Studentin Mariele Freie, Herr Kessl und InteressenträgerInnen im Publikum hier nicht immer einer Meinung waren, lässt sich erahnen. Herr Kromberg brachte das Besondere dieser Veranstaltung gut auf den Punkt: zahlreiche Bürgerversammlungen und Gespräche vor Ort hätte er hinter sich, aber noch nie sei der Tenor so kritisch und parteilich für die Szene gewesen.

Gleichwohl, geradezu konträr sind die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Situation am Willy-Brand-Platz auch beim Gespräch in der Marktkirche. Und ebenso gegensätzlich und vielfältig sind die Vorschläge, was denn nun zu tun sei: Die ordnungspolitische Keule schwingen, unerwünschtes Verhalten kriminalisieren und die „Szene“ von diesem Ort verdrängen? Oder besser das Kontingent an SozialarbeiterInnen aufstocken, die Pluralität der vermeintlichen Szene wahrnehmen, Einzelfallhilfe anbieten und gegenseitige Rücksichtnahme und Akzeptanz befördern?

„Dislozierung“ und öffentlicher Raum

Erst vor wenigen Monaten wurde die Ordnungsbehördliche Verordnung überarbeitet und vom Rat der Stadt ver-

abschiedet. Insbesondere Personenansammlungen und Ruhestörungen im öffentlichen Raum werden seitdem stärker sanktioniert, letztendlich mit dem Ziel, die Szene vom Willy-Brandt-Platz und aus den Augen der Öffentlichkeit zu verdrängen. „Dislozierung“ nennt sich das im Amtsdeutsch und der politischen Debatte (eigentlich eine Verlagerung militärischer Truppen). Mit „Erfolg“, denn die Personen, um die es hier geht, sind größtenteils vom Willy-Brand-Platz verschwunden. Sie sind natürlich nicht einfach verschwunden, sondern nur wenige 100 Meter weitergezogen und haben sich einen neuen Ort zum Verweilen gesucht. Eben diesen Effekt beschreiben auch die Sozialarbeiterinnen, die seit einigen Monaten die „Szene“ regelmäßig aufsuchen und die Menschen begleiten. Die Stadt hatte dafür eigentlich den eingangs beschriebenen Alternativort zum Verweilen auserkoren. Ein Ort, an dem die Menschen eben nicht mehr Teil des Geschehens sind, sondern vor Laufkundschaft und AnwohnerInnen „versteckt“ werden.

Letztendlich sollten die Verantwortlichen sich fragen, ob auch anderen BürgerInnen diese Alternative so „passgenau“ angeboten werden würde. Anstelle eines Verstecks für unerwünschte Menschen in unserer Gesellschaft, sollte es ein öffentlicher Ort für alle Menschen sein. Schließlich ist und bleibt es der öffentliche Raum, der nicht exklusiv für oder gegen eine spezielle Gruppe der Bevölkerung zu reservieren ist.

Weitere Informationen zur Essener und zwei weiteren Veranstaltungen der Reihe „Schattenseiten“ am 15. und 22. November in Duisburg und Bochum finden sich im Internet unter https://www.evh-bochum.de/schattenseiten.html

***Jessica Mudersbach**, Jg. 1989, lebt in Bochum und ist Gemeindepädagogin und Studierende der Sozialen Arbeit. Beruflich setzt sie sich im Projekt „Glückskäfer“ für die Integration von Grundschulkindern mit Migrationshintergrund ein.*

***Stephanie Schulze**, Jg. 1992, ist Sozialpädagogin und Trauerbegleiterin für Kinder und Jugendliche. Im BDKJ setzt sie sich für Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft ein.*

Impressum

Verlag:
AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Str. 2, D-45768 Marl
Fon: 02365-501671
E-Mail: huettmann.marl@t-online.de

Redaktion:
AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, D-45772 Marl
Fon: 02365-42076
E-Mail: dreier.marl@freenet.de

E-Mail:
redaktion@amos-zeitschrift.de
Internet: http://amos-zeitschrift.de

Konto: *AMOS*
IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Recklinghausen | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Axel Lippek, Bochum (v.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund | Anna Musinszki, Dortmund | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Sebastian Müller, Manfred Walz, Rolf Euler

Titelbild: Manfred Walz
Endredaktion/Layout: Axel Lippek

***AMOS* Schriftzug**: Jochen Stankowski

Realisation:
Wodarczak Druck & Medien
45772 Marl
Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

Einzelpreis: 5,00 €
Abo-Preis: 20,- € jährlich
inkl. Versandkosten

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „***iley.de***“ (Leipzig).

Verlag Westfälisches Dampfboot

Anna Kern

Produktion von (Un-)Sicherheit Urbane Sicherheitsregime im Neoliberalismus
Raumproduktionen Band 22

2016 - 296 Seiten - 29,90 €
ISBN: 978-3-89691-846-8

Anna Kern illustriert am Beispiel von Frankfurt die neoliberale Spezifik urbaner Sicherheitsproduktion. Mit Hilfe der materialistischen Staatstheorie und der kritischen Geographie analysiert sie verschiedene Ansätze der politikwissenschaftlichen Sicherheitsforschung.

Moritz Rinn

Konflikte um die Stadt für alle
Das Machtfeld der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg
Raumproduktionen Band 21

2016 - 409 Seiten - 39,90 €
ISBN: 978-3-89691-847-5

2009 wird Hamburg von einer Welle stadtpolitischer Konflikte überrascht. Zahlreiche Initiativen vernetzten sich und fordern ein „Recht auf Stadt für alle“. Politisch-administrative Akteur_innen sehen sich zu Reaktionen gezwungen. Aus einer praxisanalytischen Perspektive untersucht Moritz Rinn Entstehungsbedingungen und Konstellationen dieser Konflikte.

Sebastian Dirks, Fabian Kessl, Maike Lippelt, Carmen Wienand

Urbane Raum(re)produktion - Soziale Arbeit macht Stadt
Raumproduktionen Band 20

2016 - 255 Seiten - 29,90 €
ISBN: 978-3-89691-726-3

Die ethnographische Studie nimmt die alltäglichen Praktiken der öffentlichen Erziehungs-, Bildungs- und Sorgeinstanz Soziale Arbeit im Kontext der gegenwärtigen Transformation des Städtischen in den Blick. Soziale Arbeit erweist sich dabei als widersprüchliche Akteurin der Segregation, Gentrifizierung und räumlichen Kontrolle.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Heiko Koch

Der rechtsradikale Mord an Josef Gera

Vielen ist er bekannt – der Bochumer „Westpark“. Eingebettet in einer 75 ha großen Gesamtfläche liegt der 38 ha große Park innenstadtnah an der Alleestraße. Seit Mitte des 18. Jahrhunderts wurden an diesem Standort Stahlprodukte für Industrie und Militär produziert, fanden unter verschiedenen Firmenbezeichnungen tausende Menschen Beschäftigung und ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlinge im Nationalsozialismus ihren Tod. In Folge des Niedergangs der deutschen Stahlindustrie wurde aus dem Industriegebiet ein Brachgelände. Ende der 90er Jahre fand das weitläufige Areal seine Umgestaltung und Umwertung zur „Industriellen Kulturlandschaft“ und ein Teilabschnitt wurde 1999 als Industrie-Park der Bochumer Bevölkerung zugängig gemacht. Seit dem dient der „Westpark“ den BochumerInnen als attraktives Naherholungsgebiet.

Was kaum jemand weiß, ist der Umstand, dass sich auf diesem Gelände 1997 ein brutaler Mord von Rechtsradikalen an einem homosexuellen Mann ereignete. Zwei Männer, die als Obdachlose auf dem Gelände in einer Baracke lebten, schlugen in der Nacht des 14. Oktober 1997 den 59jährigen Frührentner Josef Gera so schwer zusammen, dass er zwei Tage später in einem Bochumer Krankenhaus seinen inneren Verletzungen erlag.

Oktober 1997

Josef Gera hatte es in der Nacht noch bis zu einer nahe gelegenen Straße geschafft, wo Anwohner seine Hilferufe registrierten und Polizei und Sanitäter informierten. Er gab an, dass ihn Nazi-Skinheads derart malträtiert hätten. Doch eine Nahbereichsfahndung blieb erfolglos. Erst als er am 17. Oktober im örtlichen Elisabeth Krankenhaus verstarb, wurde die Polizei wieder aktiv. Diese fand auf dem ehemaligen Krupp-Gelände die Behausung von Obdachlosen, die mit Hakenkreuzen und SS-Runen versehen war, und ermittelten darauf in der Szene der Wohnungslosen. Dabei stießen sie auf die Verwandten des 35-jährigen Obdachlosen Uwe K., die zu Protokoll gaben, dass Uwe K. und der 26-jährige Patrick K. sich mit der Gewalttat gebrüstet und diese mit „Sieg Heil“ flankiert hätten. Am 22. Oktober wurde der ehemalige Zeitsoldat Patrick K. inhaftiert. Dieser gestand die Tat. Er hätte mit seinem Freund Uwe K. den Frührentner zusammen geschlagen, weil dieser sich ihnen homoerotisch angenähert hätte.

Auf der Pressekonferenz am 23. Oktober 1997 wurden seitens der Behörden Zweifel an der rechtsradikalen Gesinnung der beiden Männer geäußert. Diese wären nicht in einer Gruppe oder Partei organisiert. Und der leitende Staatsanwalt bezweifelte das homophobe Tatmotiv. Er sah darin vielmehr eine Schutzbehauptung und ging von einem „Mord aus niederen Beweggründen“ aus.

April 1998

Im April 1998 wurde der Mord an Josef Gera vor einem Bochumer Schwurgericht verhandelt. Die beiden Angeklagten gaben an, zu fünft in ihrer Baracke gefeiert zu haben. Zwei ihrer Bekannten seien bald eingeschlafen. Weil sie von Geras Homosexualität gewusst hätten, hätten sie beschlossen „ihn mal so richtig auf die Rolle zu nehmen“. Dafür entblößte der 26-jährige seinen Oberkörper, um Gera zu einer sexuellen Avance zu reizen. Gera ließ sich zu einem Annäherungsversuch verleiten und die beiden Männer nahmen dies zum Anlass, Gera mit einem Stahlrohr zusammen zu schlagen und auf ihn einzutreten.

Die beiden Angeklagten wurden in dem Strafverfahren wegen gemeinschaftlich begangener Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt. Als Haupttäter erhielt der ehemalige Zeitsoldat Patrick K. sechs Jahre Haft. Bei einer erfolgreichen Alkoholtherapie in der Haft wurde ihm eine Haftzeit von vier Jahren in Aussicht gestellt. Uwe K. wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt. (WAZ, 18.04.1998)

Komplett aus dem Verfahren verschwand die rechtsradikale Gesinnung der beiden Mörder. Dass sie sich ihrer Gewalttat unter der Verwendung nationalsozialistischer Parolen gebrüstet hatten, spielte vor Gericht keine Rolle. Und auch ihre feindliche Einstellung gegenüber Homosexuellen war kein Thema. Die Tat war für das Gericht eine Exzesstat unter Alkoholeinfluss. Soziale und politische Grundeinstellungen als Tatmotiv wurden wegdefiniert. Die Täter waren nicht parteipolitisch organisiert und ihre Homophobie lediglich eine „Schutzbehauptung“. So entledigte sich das Gericht der von den Tätern selbst benannten Motive und entpolitisierte die Tat.

Genauso verhielt sich die Lokalpresse. Von rechtsradikalen oder homophoben Motiven war kein Wort zu lesen. Für die WAZ war der Mord ein weiteres „Lehrstück aus der Serie: Die heillosen Folgen des Alkoholkonsums“. (WAZ, 18.04.1998)

Für die Stadt Bochum gilt bis heute: Es gibt in ihrer jüngeren Vergangenheit keinen rechtsradikalen, bzw. homophoben Mord.

Josef Gera ist nur einer von vielen, die den steigenden rechtsradikalen Bestrebungen in diesem Lande zum Opfer fielen und die offiziell nicht anerkannt werden. Die Bundesregierung geht lediglich von 75 rechts motivierten Tötungsdelikten seit dem Wendejahr 1990 aus. Recherchen der Amadeu Antonio Stiftung sprechen von mindestens 179 Todesopfer rechter Gewalt, sowie 21 weiteren Verdachtsfällen.

Heiko Koch ist Sozialarbeiter (M.A.), lebt und arbeitet in NRW, er ist Teamer und Dozent gegen Rechtsextremismus.

Dorothea Lüke / Ewald Zmarsly

Hain der Menschenrechte in Recklinghausen –

Menschenrechte verwurzeln seit 5 Jahren stetig und behutsam in unserer Stadt.

Der Hain der Menschenrechte ist ein gemeinsames Projekt von Amnesty International Kreis Recklinghausen und dem Fachforum Nachhaltige Stadtentwicklung der lokalen Agenda Recklinghausen. Die Kommune stellte eine geeignete Fläche zur Verfügung. Am 22.6.2012 wurde der Hain der Menschenrechte feierlich eingeweiht.

1.800 m² ist er groß, unser Hain der Menschenrechte in Recklinghausen, im Stadtteil Hillerheide. Zu den 30 Artikeln der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 pflanzten wir aus 30 Ländern der Welt einen spezifischen Baum. Jeder Baum soll im Verbund mit den anderen Bäumen des Hains die Universalität der Menschenrechte symbolisieren. Eine Informationstafel gibt einen Überblick über die Bäume und deren Herkunftsländer sowie über die universell gültigen 30 Artikel der Menschenrechte.

Warum ein Hain und was haben Bäume mit Menschenrechten gemein?

Der Hain, immer schon ein besonderer waldiger Standort, er ist licht, befriedet, war früher im Kult der verschiedenen Religionen auch ein unantastbarer Zufluchtsort. Ein kraftvoller Ort also, der Schutz bietet unter seinen Bäumen. Deshalb ein starkes Symbol für die Idee der unantastbaren Menschenwürde und den Schutz jedes Einzelnen durch die Menschenrechte. Aber sowohl Bäume als auch Menschenrechte müssen gleichzeitig auch selber geschützt werden, um sich tiefgründig zu verwurzeln und zu entwickeln, damit ein nachhaltig gutes Klima für ihre Entfaltung vor Ort entstehen kann. Aufmerksam hinsehen, sich informieren, um bei Bedarf handeln zu können, beharrlich dranbleiben, zerstörende Strukturen verhindern, zumindest erschweren, öffentlich machen, sich engagieren, sich einmischen und solidarisieren – einige Schutzaspekte, die hierfür bedeutend sind. Dazu müssen sie allerdings allgemein bekannt sein, die Menschenrechte. Der Hain der Menschenrechte ermöglicht dies. Hier wird die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vorgestellt, frei zugänglich, im öffentlichen Raum, in der alltäglichen Umgebung und beim alltäglichen Tun. Ohne viel Aufwand können die einzelnen Menschenrechtsartikel nachgelesen werden, sind präsent für alle, können mahnen und stärken. Menschenrechte sind nicht selbstverständlich, vielmehr müssen sie stets aufs Neue eingefordert und verteidigt werden. Einhalten bzw. Nichteinhalten der Menschenrechte prägen auch unser städtisches Zusammenleben ungleich. Neben den politischen und bürgerlichen Rechten gilt auch hier, dass wir – für ein würdevolles Leben – das Recht auf eine intakte Umwelt ohne gesundheitsgefährdende Umweltverschmutzungen, das Recht auf sauberes Wasser, Gesundheit, Nahrung, eine angemessene Unterkunft, faire Arbeitsbedingungen haben.

Zum weltweiten Aktionstag „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ am 30. November 2014 führten Amnesty International und die Gastkirche eine Veranstaltung durch. Der Hain wurde durch ein Lichtermeer an brennenden Kerzen feierlich besinnlich illuminiert. Über 70 Besucher hörten Informationen über die Todesstrafe und drei zum Tode verurteilte Menschen. Suria Kassimi, Künstlerin aus Recklinghausen, präsentierte ihr Kunstprojekt „Dancing Birds. A Question of Collective Liability“© auf die Wand des aus dem Zweiten Weltkrieg stammenden, benachbarten Hochbunkers. Im Film wurde am Beispiel eines Vogelschwarms der komplexe Zusammenhang zwischen Individuum und Gruppe sowie die Suche des Einzelwesens nach einem Platz in der Gesellschaft aufgezeigt. Man sieht, dass einzelne Vögel trotz Regelverstößen – sie fliegen in andere Richtungen – wieder in den Schwarm aufgenommen werden. Christine Sommer (Schauspielerin) las anschließend literarische Texte von Georg Danzer und Erich Kästner zum Thema Todesstrafe. Schwester Judith (Gastkirche) sprach zum Abschluss ein meditatives Gebet.

Zum 5-jährigen Bestehen des Projekts am 24. Juni 2017 feierten über 50 in- und ausländische Gäste mit einem Picknick und weiteren Darbietungen. Die Willkommensklasse der Käthe-Kollwitz-Schule übernahm eine Baumpatenschaft. Eine aus Afghanistan stammende Schülerin sprach über die Menschenrechte und die Flucht ihrer Familie nach Deutschland. Ferner wurde das Stück „Ein Schiff namens Demokratie“ als Schattentheater aufgeführt.

Wir hoffen, dass der Hain der Menschenrechte hier entsprechende Impulse für ein Menschenrechtsinteresse ggf. auch Menschenrechtsengagement geben kann. Um ein persönliches Bekenntnis zur Wertschätzung der Menschenrechte auszudrücken, können Patenschaften für einzelne Bäume im Hain der Menschenrechte übernommen werden und damit auch symbolisch für jeden Artikel der Menschenrechte.

Weitere Infos und Wegbeschreibung zum Hain der Menschenrechte unter: http://www.amnesty-kreis-recklinghausen.de/Main/MRHain.

Menschenrechte geraten weltweit, auch in Deutschland zunehmend unter Druck. Es wird immer wichtiger, für ihre Einhaltung einzutreten, sich aktiv einzumischen, wenn Gefahr besteht, dass sie uns genommen werden. Deshalb:

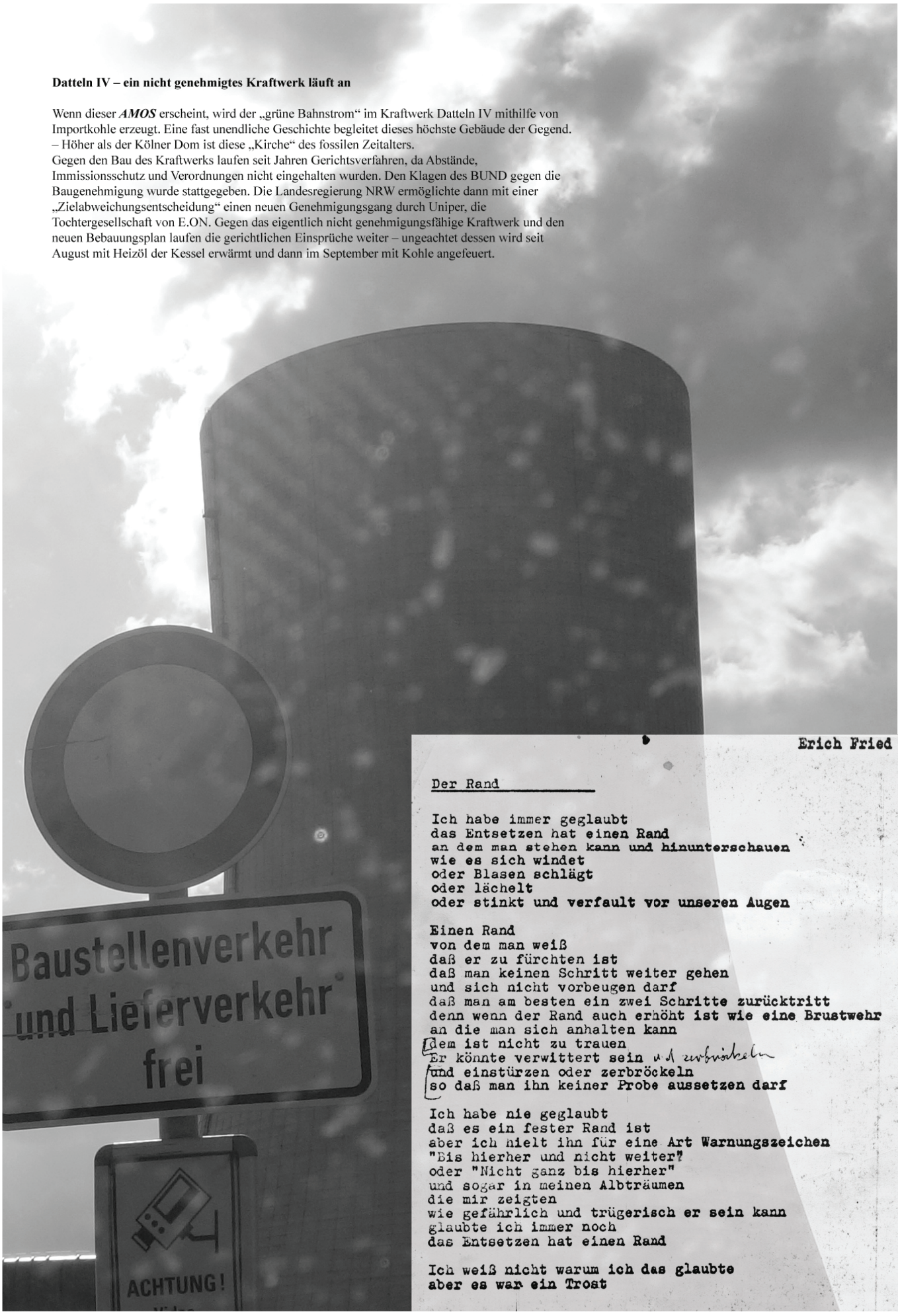
MISCH DICH EIN FÜR MENSCHENRECHTE, aktuelle Kampagne von Amnesty International zur Bundestagswahl 2017. Mehr unter: https://www.amnesty.de/einmischen

***Dorothea Lüke**, meteorologische Sachverständige, seit über 40 Jahren Mitglied bei Amnesty International (AI), ehrenamtliches Engagement in der AI-Kreisgruppe Recklinghausen, Bezirksreferentin für Asyl -und Flüchtlingsfragen im Bezirk Ruhrgebiet-Mitte*

***Ewald Zmarsly**, Sprecher des Fachforums Nachhaltige Stadtentwicklung, ehrenamtl. Mitarbeiter des Agendabüros Recklinghausen, Mitglied des Lenkungskreises und (stellv. Vorsitzender) des Klimaschutzbeirats*

Datteln IV – ein nicht genehmigtes Kraftwerk läuft an

Wenn dieser ***AMOS*** erscheint, wird der „grüne Bahnstrom“ im Kraftwerk Datteln IV mithilfe von Importkohle erzeugt. Eine fast unendliche Geschichte begleitet dieses höchste Gebäude der Gegend. – Höher als der Kölner Dom ist diese „Kirche“ des fossilen Zeitalters.
Gegen den Bau des Kraftwerks laufen seit Jahren Gerichtsverfahren, da Abstände, Immissionsschutz und Verordnungen nicht eingehalten wurden. Den Klagen des BUND gegen die Baugenehmigung wurde stattgegeben. Die Landesregierung NRW ermöglichte dann mit einer „Zielabweichungsentscheidung“ einen neuen Genehmigungsgang durch Uniper, die Tochtergesellschaft von E.ON. Gegen das eigentlich nicht genehmigungsfähige Kraftwerk und den neuen Bebauungsplan laufen die gerichtlichen Einsprüche weiter – ungeachtet dessen wird seit August mit Heizöl der Kessel erwärmt und dann im September mit Kohle angefeuert.



Erich Fried

Der Rand

Ich habe immer geglaubt
das Entsetzen hat einen Rand
an dem man stehen kann und hinunterschauen
wie es sich windet
oder Blasen schlägt
oder lächelt
oder stinkt und verfault vor unseren Augen

Einen Rand
von dem man weiß
daß er zu fürchten ist
daß man keinen Schritt weiter gehen
und sich nicht vorbeugen darf
daß man am besten ein zwei Schritte zurücktritt
denn wenn der Rand auch erhöht ist wie eine Brustwehr
an die man sich anhalten kann
dem ist nicht zu trauen
Er könnte verwittert sein und zerbröckeln
und einstürzen oder zerbröckeln
so daß man ihn keiner Probe aussetzen darf

Ich habe nie geglaubt
daß es ein fester Rand ist
aber ich hielt ihn für eine Art Warnungszeichen
"Bis hierher und nicht weiter"
oder "Nicht ganz bis hierher"
und sogar in meinen Albträumen
die mir zeigten
wie gefährlich und trügerisch er sein kann
glaubte ich immer noch
das Entsetzen hat einen Rand

Ich weiß nicht warum ich das glaubte
aber es war ein Trost

Peter Strege

Lob der Randunschärfe

Von Erich Frieds Rand aus gedacht fiel der Vorschlag ein, geriet aufs Diskussionstablett, das halblegal/legalisiert gebaute Kraftwerk in Datteln zu besetzen. Ein Kraftwerk besetzen? Gut, als Gegenstrom zum Klimakiller? Als Manifestation für nachhaltiges, von verantwortungsbewusstem Denken angetriebenes Handeln gemeint, greift das weder mir noch der energieerzeugenden und verwaltenden „Allmacht" so richtig in den Schritt. Das sollte doch ein Mehr an lebensbejahendem und der Lebenslandschaft zugeneigtem, an naturnahem, vielleicht sogar menschenartgerechtem Umstand sein, als „nur" ein aufrechtes Empören. Wo aber ragt Empören in die alltägliche Lebenswelt am meisten hinein? Immer dann, wenn sich, fern jeden Nutzbarkeitsgedankens, ein sinnfreies, ja unsinniges Erscheinungsbild prägend aufschwingt, das vorzugeben, was von Wichtigkeit sei. Bei Kunst kommt bei solchen Gelegenheiten immer ein spekulativer Wert als Grundlage für vages Verständnis hinzu, wobei missliebiges Unverständnis sich in Kopfschütteln äußert. Wichtig und bedeutungsvoll kuratiert werden die Werke in schwindelerregenden Preisen aufgewogen. Von den prekären Lebenssituationen der nicht so be- und gehandelten Kunstmachern wird nicht geredet.

Zurück zum Kraftwerk –welch schöner Name für eine Band –, für eine Situation, für ein Wirkungsversprechen, das ins Lähmen gebracht wird, durch ein Betriebsbehindern, durch die Besetzung. Ein gelähmtes Kraftwerk, eine durch berechtigtes Aufbegehren verantwortungsbewusst handelnder Menschen, nun in der Landschaft breit ruhendes, AUS-blickbestimmendes „Nichtsnutzungeheuer". Und was macht man nun damit?

Ich sage: NICHTS! Überlasst es so, wie es da steht, wie es menschenregulierend, ja fast volksfeindlich stimulierend und militarisiert daher kommt, dem zeitlichen Gebrauch von Wetter, Wind, Regen und neugierigen Geistern, ungebetenen Besuchern, Aktivisten, Erkundern, KünstlerInnen, Beutejägern, Liebespaaren, allen, die nach Leben gieren und von den Braven als Pack verschrien sind, die da versuchen einzusteigen und herum zu geistern.

Beschützt die mühsam und ungerechtfertigterweise errichtete künstliche Brache. Hütet den Leberfleck als neue Meidezone, als ein Unding, das Menschen in die Landschaft geplant und gebaut haben. Kennzeichnet so einen Endpunkt wie einen Schlussstein einer montanen Epoche, die wir Industriezeitalter nennen. Macht des Abgrundes wohl und perfekt gestalteten Rand zur elektrischen Energieerzeugung allen zugänglich und führt sie, die Neugierigen, die Zweifler, die Feinde, die Uneinsichtigen, die Kritiker, die Realisten; – leitet sie an, das nicht zu Verstehende, das, was sie nicht verstehen wollen oder können, das, was sie aus ihrem Weltwahrnehmungskatalog herausnehmen und als spinnert und undenkbar, als nicht machbar und unerhört bezeichnen, gestrichen haben. Bringt sie so dazu, zumindest anzunehmen, dass da etwas sei, das besser nicht sein sollte, aber nun in seinem Bestehen einer veränderten Bedeutungszuweisung untersteht.

Lernen mit und von/aus den Fehlern! Auch und gerade wenn's weh tut!

Es geht, ähnlich wie bei Erich Fried um eben diese Scheu, ja Angst, dem zu begegnen, was in einer von vornherein sicheren abzulehnenden Absonderheit nicht in den Auftragskanon dessen passt, was wir täglich zu erledigen haben. Mit einer solchen Sondernummer des Unvorstellbaren, des – vor dem Hintergrund der verpulverten Planungs- und Baukosten, der Ignoranz vor dem Energieversorgungsversprechen – absoluten, völlig sich offen und schamlos gerierenden Unding von einem wertvollen Ding, von kostbarem Ballast, von vergeudeten Millionen, von Kunst zu sprechen, grenzt an fast schon gewalttätige Monstrosität. Ist unerträglich! Ist nicht nur, soll sogar in seiner nicht auszuhaltenden Provokation eine auf Dauer abzielende Zumutung sein, um vielleicht daraus Grenzüberschreitung als Lebensausdruck zu lernen.

Dieses neue Kraftwerk, diese vom Kühlturm als unübersehbare Landmarke ins Gelände geparkte Großfeuerungsanlage ist gewiss ein Meisterwerk dessen, wie weit man im Fortschreiten der Stromerzeugung gekommen ist. Jedoch ist dieses Ding, so hochmodern es sein mag, altertümlicher Technik geschuldet und insofern nicht fortschrittlich. Es ist, wenn man so will, ein mit viel Aufwand gebautes museales Teil. Und genau so wollen wir es verstanden und gehandhabt wissen.

Natürlich hätte es ein Artikel um eine nicht zu füllende Baulücke, einen hohlen Backenzahn als dem Vermächtnis des 2. Weltkrieges, oder von mir aus eines Hochbunkers, übrig geblieben aus der Zeit, da Sicherheit vor Bomben durch Stahlbeton versprochen war, auch getan. Aber hier und jetzt, – welch grandioser Zufall! – wird das neue Kraftwerk mir zur artifiziellen Ikone.

Schon seiner Zeit, ist es aus seiner Zeit gefallen!

Von kalkulierten Bedarfen erdacht, von klugen Ingenieuren am Rand des Machbaren geplant, etwas außerhalb des Planungsrechts nach vorne und zur Bauausführung gebracht, steht nun das neue Bollwerk gegen Energieknappheit, mit den Hufen scharrend rum und wartet auf seinen Betrieb. Dem vorzubeugen und dennoch mit aller Sorgfalt das sich-nicht-auszahlende-Betriebsinstrument von seiner Inbetriebnahme abzuhalten und dafür zu sorgen, dass es weder abgerissen noch einem sonstigen Nutzen, es sei denn irgendwelchem halb- oder illegalen, zugeführt werden kann, halte ich für eine mögliche Umgangsform mit dem, was Rand, was Loch, was als das, bezeichnet wird, was man am besten nicht bezeichnen möchte.

Peter Strege *hat schon an manchem Emscherstrandabend drüber nachgedacht, was das alles soll.*

Roland Günter

Evangelisch-kirchlicher Vandalismus im Ungeist des Mammons

Die evangelische Gemeinde Osterfeld (Oberhausen) breitet sich um 1900 in der Fläche aus – als umfangreiche städtische Infrastruktur. Mit der Arbeit von Generationen. Jetzt zerstört die Kirchenleitung dies in wenigen Jahren. Pastoren und Presbyter haben unterbewusst immer noch den Weltkrieg im Kopf, sitzen im Sessel vor Kriegszerstörungen und kommen nicht auf die Idee, dass die eigenen Zerstörungen aus ähnlicher Mentalität stammen.

Wer macht sich klar, was der Vorfahre Bonifazius tat, als er mit der Axt den heiligsten Baum der „Heiden", also der Andersgläubigen, vernichtete. Einer der zynischen Zerstörer der Menschheit. Dies wurde durch die Jahrhunderte als „in Ordnung" hingenommen – ein gigantisches Verbrechen! Man stelle sich vor: in St. Peter in Rom oder in der Wittenberger Schloss-Kirche würde jemand mit einer Bombe „abreißen."

Im Weltkrieg wurden immense Stadtbereiche zerstört. Das hörte 1945 nicht auf, sondern lief mental und in etwas anderen Weisen weiter. Josef Lehmbrock: „Was der Krieg nicht zerstört hat, zerstört die sogenannte Sanierung."

Was ist der Kern dieser Mentalität? In der Industrieepoche entstand die Ideologie des Verwertungsdenkens, der Neoliberalismus verstärkte sie. Die Manie des Verwertens um jeden Preis geht seit einiger Zeit auch in Kirchen um. Wegwerfgesellschaft!

Die Kunstgeschichte liefert ihnen dazu die Ideologie: Das 19. Jahrhundert sei nichts wert. Völlig unwissenschaftlich! Die Kunstgeschichte kann mit weitesten Teilen des Bestandes nicht umgehen. Entsprechend debil folgt die Denkmalpflege.

Viele Kirchenbauten haben heute keine hauptamtliche personelle Besetzung. Dies gibt es jedoch seit Jahrhunderten. Erst seit kurzer Zeit kam man auf den verwegenen Gedanken, die Existenz eines Kirchengebäudes mit einer Personalposition zu verbinden.

Ich sah es als visionäre Aufgabe an, beide Konfessionen zu provozieren: sie aus diesem Gefängnis der Nützlichkeitsideologie heraus zu holen. Mein Aufruf: Stehen lassen! Meine Argumente: Man darf die Erinnerung, die sich an den konkreten Ort bindet, nicht zunichtemachen. Am Geschehen waren viele Menschen beteiligt. Mit Herzblut. Auch mit dem Scherflein der armen Witwe. Die Räume nahmen teil am Leben der Vorfahren.

Hinweis: Es gibt auch Haltung. Italien hat Millionen Kirchen, die keinen Pfarrer haben, oft nie hatten. In Italien wird keine einzige Kirche abgerissen. – Deutsches Abreißen? „Kein Pfarrer – kein Bau!" – gedankenlos.

In Oberhausen gibt es an der Teutoburger Straße 210 eine kleine Kirche und das Gemeindehaus. Wer diesen Ort zerstört, liefert ein erbärmliches Stück an pseudo-rationalem Vandalismus: Er reduziert den historisch aufgeladenen Ort zu einer betriebswirtschaftlich verkäuflichen Liegenschaft. Und verliert damit auch eigene Würde. Kirchenleitung als Liegenschaftshandel! Martin Luther attackierte die Mentalität, alles und jedes dem Geld auszuliefern.

Wir leben mit Vielem, was nicht verwertbar ist. Abreißen ist Respektlosigkeit gegenüber den Vorgängergenerationen. Die Gemeinde ist kein Eigentümer, sondern Treuhänder der Generationengeschichte. Merkt sie nicht, dass sie mit der Zerstörung des Gedächtnisses auch Zukunft zerstört? Denn Bauten erzählen in Stein gesetzte Geschichten für heute und morgen.

Abriss ist Gewalttätigkeit. Mangel an Flexibilität. Phantasielosigkeit. Banales Verwertungsinteresse. Aber Kirchen dürfen keine Firmen sein.

Die DDR hätte alle Kirchen abreißen können. Aber sie machte es nicht. Verkehrte Welt: Jetzt reißen kirchliche Leute selber Kirchen ab. Nach deren Kriterien gäbe es im Osten kaum mehr eine Kirche. Aber es gibt sie. Die DDR mochte sie nicht, aber hat sie nicht abgerissen. Das tun in der BRD (nicht im Osten) jetzt Presbyter und Pastoren. Dies ist ein Aufruf: zum Umdenken und Weiter-Denken?

Dank an die Frau, die Widerstand leistet: Sie hat ihre Wohnung im Dachgeschoss bei Melanchthon, versprochen auf Dauer – jetzt droht der Bruch des Versprechens. Zynisch. Unchristlich. Inhuman. Das Mietrecht kann sie und damit das Haus sichern – wenn es rechtlich korrekt zugeht. Dies liegt nun vor Gericht. Die Kirchenleitung will die Bewohnerin rausklagen – eine unsinnige Gewalttat. Der Kirchenanwalt ist Presbyter.

Aber man kann um die Kirche und um das Gemeindehaus, das den Namen des größten protestantischen Gelehrten, Philipp Melanchthon, trägt, drum herum bauen. Bestand mit Respekt integrieren. Dies ist attraktiv. Weil es mehrschichtig ist. Etwas erzählen kann.

So etwas gibt es tausendmal in der BRD. Respektvoll erhalten und interessant weiter entwickeln.

Nach Denkmalgesetz NW muss die Stadt das Gebäude als „historischer Ort" eintragen: Es ist das einzige Gebäude in der BRD, das in der Zeit der „Bekennenden Kirche" (1934 ff.) gebaut wurde.

Städtebaulich an wichtiger Stelle – auch dafür ist Verantwortung gefragt. Für die Gewährung des Baurechts ist der Rat der Stadt zuständig. Er mache dies bitte umsichtig und so, dass sich dieser Ort auch in Zukunft sehen lassen kann. Wozu gibt es eine Gestaltungskommission? Abriss ist auch ökologischer Unsinn – dem entgegen zu treten sind alle Parteien aufgerufen.

---

*Prof. Dr. habil. **Roland Günter**, „Blaues Haus Eisenheim. Sokrates Universität." Wesselkampstraße 37, 46117 Oberhausen. Konfessionslos. Dennoch führt er den Kampf um die Kultur-Güter der Konfessionen – seit vielen Jahren. Wissenschaftlich. Publizistisch. Als Bürgerinitiative. Als langjähriger Werkbund-Vorsitzender. Mit vielen Erfolgen. Oft besannen sich Kirchenleitungen und Politik und veränderten mit Phantasie ihre Absichten. Wir provozieren dies auch hier.*

Lesetipp

Alexandra Apfelbaum/Moritz Kappen
„Eventuell für Jahrhunderte gebaut". Das Rathaus Marl. Ein Essay in Bildern
Verlag Kettler, Dortmund 2017
Ungefähr 50 Jahre nach Fertigstellung ist die Sanierung des seit 2015 unter Denkmalsschutz stehenden Rathauses Marl gesichert und wird ab 2018 realisiert. Dieser Essay mit verschiedenen klugen Beiträgen und sehr guten Bildern ist informativ, repräsentativ und anregend.

Norbert Pfänder

Das Monstrum von Marl

Es liegt in der Landschaft, in einer ehemaligen Industriebrache, im Nordwesten der Stadt Marl direkt neben dem Chemiepark (welch eine Verballhornung des Wortes Park), das Logistik-Center von Metro und Real, das sich noch im Bau befindet und Anfang 2018 seinen Betrieb aufnehmen soll. Und wie es sich für ein Monster gehört, hat es riesige Ausmaße und gravierende Folgeerscheinungen. Lagerhallen in Schuhkarton-Optik. Industrie-Brutalismus in reiner Form.

Es benötigt eine Fläche von 235.000 m², so groß wie 23 Fußballfelder.

Das Monstrum von Marl Foto: Norbert Pfänder

Ca. 1.000 Arbeitsplätze würden hier geschaffen, behauptete der Bürgermeister der Stadt Marl, Werner Arndt (SPD). Zunächst wurden durch das neue Logistik-Center erst einmal 1.000 Arbeitsplätze an vier anderen Standorten in NRW vernichtet, in Essen, Kamen, Unna und Frechen. Wie immer, wenn mehrere Standorte zusammengelegt werden. Die Industrie- und Handelskammer rechnete vor kurzem vor, dass bis Ende des Jahres 2017 im neuen Center 80 neue Arbeitsplätze entstehen werden, mit steigender Tendenz. Die meisten Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor, Mindestlohn und knapp darüber. Diese ergeben später eine Rente, die nicht ausreicht, um die Lebenshaltungskosten zu decken.

Bei den Automatisierungsbestrebungen der Logistik-Branche steht zu befürchten, dass in naher Zukunft in Marl ein Warenverteilungszentrum fast ohne menschliche Arbeitskräfte funktionieren wird. Das Verteilen der Waren per LKWs wird in den nächsten Jahren durch selbststeuernde Fahrzeuge ohne Fahrer erfolgen. Die Automobilindustrie ist gerade dabei, solche LKWs zu entwickeln. Es ist nicht mehr die Frage, ob sie auf unseren Straßen rollen werden, sondern nur noch wann. Es ist ja auch kosteneffizienter, wie es in der Sprache der Logistik-Branche heißt: keine Personalkosten mehr. Im Bereich der Lagerhaltung werden ebenfalls Systeme entwickelt, die die menschliche Arbeitskraft überflüssig machen, vielleicht noch ein paar an den Computer-Bildschirmen, die die Prozesse steuern. In der Sprache der Branche hört es sich so an: „Mit einem wettbewerbsdifferenzierenden Funktionsumfang wie dem intuitiv nutzbaren PSI-Click-Design und der Release-Fähigkeit auch bei großen Anpassungen, kann die zukunftsfähige Standardsoftware eine langfristige Sicherung bieten und einen optimalen Kunden-Service, schnelle Auftragsfertigung und maximale Versandgeschwindigkeit ermöglichen.“

Wie konnte es zu diesem riesigen Logistik-Center in Marl kommen?

Die ehemalige Bürgermeisterin der Stadt Marl, Uta Heinrich, behauptete im Jahr 2000, dass der Chemiepark dringend die Fläche im Norden der Stadt benötigt, um sich auszuweiten, neue Arbeitsplätze zu schaffen und den Standort zu sichern, der Chemiepark sei schließlich der größte Steuerzahler in der Region. Pech nur, dass auf dem Gelände die Schlenke-Siedlung stand, eine Arbeitersiedlung in Backstein-Optik, typisch für das Ruhrgebiet. So wurde gegen den erbitterten Widerstand der Bewohner, die die Siedlung als ihre angestammte Heimat betrachteten, der Ratsbeschluss gefasst, die Siedlung abzureißen und an anderer Stelle in der Stadt eine neue Schlenke zu bauen und die Bewohner umzusiedeln. Dies erfolgte dann auch mit Millionen Steuergeldern, vor allem des Landes NRW. In der Zwischenzeit lag die Fläche brach, die Industrie bekundete kein Interesse mehr. So vergingen ca. 10 Jahre, es sprossen kleine Bäume, ein Damwildrudel wurde dort gehalten. Bis die Logistik-Branche im Jahr 2016 auf diesen Standort aufmerksam wurde, nachdem über 40 Kommunen in NRW schon dankend den Bau eines Logistik-Centers abgelehnt hatten. Zu viel Fläche für zu wenige Arbeitsplätze. Auch wenn man die sehr optimistischen Schätzungen von 1.000 Arbeitsplätzen zugrunde legt, ist der Flächenverbrauch immer noch 235 m²/ Arbeitsplatz. Ein sehr negativer Wert!

Ab 2018 sollen ca. 1.000 LKWs von Marl aus starten, um die Metro- und Real-Filialen mit Waren zu versorgen, so Metro-Logistikchef Jeroen Janssen Lok. Der Güterverkehr per Auto geht ungebremst weiter, Klima-Ziele interessieren nicht, Lärm-Schutz zählt nicht und der giftige Stickoxid-Ausstoß der Diesel-LKWs ist nicht von Interesse. Hierzu fällt einem nur die Fragestellung ein: Ist die Wirtschaft für den Menschen da oder der Mensch für die Wirtschaft?

Und der Logistik-Wahn in Marl geht weiter. Es existieren Pläne, auf dem ehemaligen Gelände der Zeche Auguste Viktoria, die Ende 2015 geschlossen wurde, ebenfalls ein Logistik-Center zu errichten.

Lebensmittel-Discounter und Warenhäuser auf der grünen Wiese mit riesigen Parkplätzen, wie Real und Metro, führen zu Leerständen in den Innenstädten; denn die meisten kleinen Läden können dem Kostendruck der Großkonzerne nicht standhalten, siehe Amazon und das langsame Verschwinden der Buchläden in den Städten. Wer Logistik-Centren sät und Großkonzerne mit Steuermitteln fördert, wird verödete Innenstädte ernten.

Foto: Rolf Euler

Schon Herbert Marcuse stellte in seinem Buch „Der eindimensionale Mensch – Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft“ ein tiefgehendes Unbehagen an der gesellschaftsprägenden Kraft der technischen und ökonomischen Effizienz fest.

In Marl ist dieses tiefgehende Unbehagen zu besichtigen.

***Norbert Pfänder**, Sozialarbeiter, ehem. Leiter der Drogenberatung, lebt seit 45 Jahren in Marl, ruhrgebietsbegeisteter Fahrradfahrer.*

Lesetipp

Einhard Schmidt-Kallert
Magnet Stadt. Urbanisierung im Globalen Süden
Peter Hammer Verlag, Wuppertal 2016, 175 S.
Auch dieses Buch macht seinen Weg, bereits in Landeszentralen für Politische Bildung. Der Autor ist seit 1973 beruflich im Globalen Süden des Planeten Erde unterwegs, war erstmal in einer Consultingfirma in Essen und dann viele Jahrzehnte Prof. an der sich „TU“ nennenden Uni Dortmund, er lebt in Essen. Er kennt aus mehr als 40 Jahren den Globalen Süden, wertschätzt dort aktive Menschen – Betroffene und Forschende, hat Kooperationen zwischen ihnen „dort“ und Studis „hier“ zuwege gebracht. Beschreibt Motive und Wege der Zuwanderung vom Land in die Stadt als Magnet. Wohnungen, Verkehr, Überleben im informellen Sektor, Kinder, Betroffenenorganisationen – sie finden in diesem Buch ihren Ausdruck. Seine lebendige Erzählweise und kluge Kritik an Konzepten des Nordens und mancher Eliten im Süden machen das Buch sympathisch. Der Autor lässt teilhaben am Blick über eine Ziegelmauer in Jakarta, die den boomenden Geschäftsbezirk vom informellen Wohngebiet abschottet. Seine Gänge durch die Megastadt Lahore nehmen einen mit. Sein Blick von einem Hügel in Kumasi hinab auf das Gewirr von Menschen, Ständen und Waren auf dem größten Markt Westafrikas versetzt einen dorthin. Überzeugend sein Plädoyer gegen die großen „Marschall-Pläne“ für den Süden ebenso wie seine eigene Zurückhaltung, dieses als jemand im Norden für den Süden besserwisserisch, selbst in bester Absicht zu übernehmen. Die Zeit wird reifen, wo erneut ein Aime Cesaire, ein Frantz Fanon oder aktuell jemand wie Achille Mbembe weltweit wirksam werden und ihresgleichen im Globalen Süden anstiften!

Carlo Lewerenz

Zur Wohnungsfrage Deutschland 2017

„Die Mieten explodieren“, heißt es seit einiger Zeit in vielen Medien. Der abgestumpfte durchschnittliche Medienkonsument hat sich inzwischen an derartige effekthascherische Übertreibungen gewöhnt. Aber damit ist nicht gesagt, dass insbesondere bei Neuvermietung von Wohnungen keine bedrohliche Entwicklung stattfindet.

Wie kommt es nun, dass derzeit wieder einmal der Begriff „Wohnungsnot“ durch die Medien geistert? Und wie viele Menschen sind überhaupt betroffen?

Nach EUROSTAT leben knapp 40% der Bevölkerung als Mieter in freifinanzierten Wohnungen. „Frei finanziert“ bedeutet, dass es sich nicht um sogenannte „Sozialwohnungen“ oder sonst wie Mietpreis-ermäßigte Wohnungen handelt. 40% der Bevölkerung sind also angewiesen auf Wohnungen, deren Mietpreis von der ortsüblichen Vergleichsmiete bestimmt wird.

Ortsübliche Vergleichsmiete: Mietspiegel

Bezugsgröße und Konkretisierung der ortsüblichen Vergleichsmiete zum Zwecke der Durchsetzung höherer Mietpreise ist meistens der „Mietspiegel“.[1] Dieses Tabellenwerk soll eigentlich die Mietpreise einer Kommune unter Berücksichtigung von Art, Größe, Ausstattung, Beschaffenheit und Lage „wiederspiegeln“. Das tun die Mietspiegel aber nicht. Bei der Erstellung eines „qualifizierten“ Mietspiegels sollen nämlich nach der etwas versteckten gesetzlichen Vorgabe nur diejenigen Mietverhältnisse berücksichtigt werden, die „in den letzten vier Jahren vereinbart oder ... geändert worden sind.“

Dies bedeutet, dass die Altverträge mit Mietpreisen in gemäßigter Höhe unberücksichtigt bleiben. Fachleute bezeichnen dies beschönigend als „aktuelle Markt-Anpassungsfunktion“ des Mietspiegels. In der Praxis führt dies zu erheblichen Verteuerungen bei Neuvermietungen. Hier haben sich die Regierungsparteien zum Aufbau sogenannter „Leitplanken“ genötigt gesehen. Aber auch „im Bestand“, also bei (unverändert) fortbestehenden Mietverhältnissen, gibt es „Leitplanken“ in Form von gesetzlichen Beschränkungen für Mieterhöhungen: Eine solche Begrenzung stellt die sogenannte „Kappungsgrenze“ dar, der zur Folge sehr niedrige Altmieten nicht kurzfristig auf das Mietspiegel-Niveau angehoben werden dürfen, wenn dieses die langjährig gezahlte Miete um mehr als 20% übersteigt. Hier dürfen die Mieten bei fortbestehenden Mietverhältnissen innerhalb von 3 Jahren höchstens um 20% erhöht werden. (BGB § 558 Abs.3)

Bei dem Thema Mietspiegel erhebt sich die Frage, welche Rechtswirkung einem „einfachen“ Mietspiegel und welche Rechtswirkung einem „qualifizierten“ Mietspiegel zukommt.

Der herrschenden Rechtsprechung zur Mieterhöhungsbegründung zur Folge habe ein sogenannter „einfacher“ Mietspiegel lediglich indizielle Wirkung dahin, dass die aufgeführten Mieten die ortsübliche Vergleichsmiete zutreffend wiedergäben.

Ein qualifizierter Mietspiegel hingegen enthalte für die

Gerichte eine Vermutungswirkung dahin, dass die aufgeführten Mieten die ortsübliche Vergleichsmiete zutreffend wiedergäben, was eine Beweislastumkehr zu Lasten der Mieterseite bedeutet.

Welche Wirkung haben Mietspiegel in der Praxis?

Im Wesentlichen haben sich Mietspiegel für die Vermieterseite als Mieterhöhungs-Hilfstabelle bewährt. Das Erstellen einer wirksamen Mieterhöhungserklärung wird durch Mietspiegel erheblich erleichtert. Alle zwei Jahre sollen Mietspiegel übrigens „angepasst“ werden. Nach einer solchen „Anpassung“ der Mietpreisangaben im Mietspiegel einer Stadt folgen oft massenweise Mieterhöhungswellen.

Was Wunder, dass die Vermieterseite ihren Interessen entsprechend die Kommunen zur Erstellung von „qualifizierten Mietspiegeln“ drängen.

Mietspiegel sollen zwar auf wissenschaftlich gesicherter Grundlage erstellt werden. Da die Zahlenakrobaten aber nur solche Mietverhältnisse berücksichtigen dürfen, deren Mietpreise in den letzten vier Jahren geändert wurden, war zu erwarten, dass generell die Mietspiegelzahlen und entsprechend die tatsächlich gezahlten Mieten erheblich angestiegen sind.

Im Sinne einer verbesserten Kapitalverwertung der Vermieterseite ist die Beschränkung auf diese letzten vier Jahre nur folgerichtig.

Wacker hat die SPD vorgeschlagen, die Mieten der letzten zehn Jahre bei der Mietspiegelerstellung heranzuziehen, damit aber leider keine Mehrheit gefunden, da Frau Merkel hierfür den Fraktionszwang nicht aufheben wollte. Ergebnis wäre ein erheblicher Rückgang der Mieterhöhungswellen gewesen. Die „Leitplanken“ zum Zwecke der sozial adäquaten Einschränkung des Vermietungsmissbrauchs sind hier, um im Bild zu bleiben: rot angemalt zwar, doch weit neben der Standspur aufgestellt.

„Mietpreisbremse“

Ein weiterer Leitplanken-Plan war die sogenannte „Mietpreisbremse“, eine Leitplanke aus Plastik, daher weithin unbeachtet.

Für Mieterhöhungen bestehender Mietverhältnisse gilt grundsätzlich, dass die Miete auf die Höhe des Mietspiegels angehoben werden darf. Ausnahme: Wenn die Anhebung an die Mietspiegelhöhe mehr als 20% des bisher entrichteten Mietpreises ausmacht. Dann ist wegen der gesetzlichen Kappungsgrenze nur eine Mieterhöhung innerhalb von zwei Jahren von 20% möglich. Diese Regelung gab es aber schon länger.

Seit nunmehr zwei Jahren gibt die gesetzliche Ergänzungsregelung („Mietpreisbremse“) den Bundesländern die Möglichkeit, Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt zu bestimmen, in welchen nun die allgemeine Kappungsgrenze für Bestandsmieten von 20% auf 10% abgesenkt wird. In vielen Städten in NRW war aber schon seit 2014 die Kappungsgrenze von 20% auf 15% gesenkt worden.

Immerhin gilt die neue Kappungsgrenze (Mietspiegel plus 10%) auch bei Neuvermietung. Ausnahme: der Mietvorgänger hat eine höhere Miete entrichtet. Dann soll die Kappungsgrenze der „Mietpreisbremse“ nicht gelten. Der Gesetzgeber hat hier eine Einkommensbestandsgarantie zum Vorteil der Vermieterseite kreiert, wo nun wirklich kein Schutzbedürfnis zu erkennen ist.

Alles in Allem wirkt auch diese Regelung eher als soziale Alibi-Bescheinigung für die SPD statt als merkliche Entlastung für die ärmeren 40% der Bevölkerung. Auch und insbesondere im Wohnungsbereich gilt: Der Markt ist sozial blind und kann nicht zu gerechten Verhältnissen führen.

Wenn man als Mieter hier von seinen Rechten Gebrauch machen will, ist eine qualifizierte Rechtsberatung unerlässlich. Immerhin: Obsiegt man im Rechtsstreit vor Gericht in vollem Umfang, muss die Gegenseite auch die Kosten der Rechtsverfolgung der Mieterseite tragen. Dies gilt allerdings nicht, wenn ein Mieterverein den Mieter als Mitglied erfolgreich vertritt. Die Kosten trägt hier der Mieter mit seinen Vereinsbeiträgen. Daher müssten sich Vermieter beim Tätigwerden von Mietervereinen eigentlich freuen.

Der krasseste Missstand ergibt sich allerdings, wenn ein Mieterverein durch Mitwirkung an der Neufassung eines Mietspiegels zu einer Mieterhöhungswelle beiträgt und ihm sodann Neumitglieder zuströmen, um sich wegen der Mieterhöhungsschreiben ihrer Vermieter beraten zu lassen.

Mietervereine haben bei der Erstellung von Mietspiegeln einerseits die Aufgabe, möglichst keine Erhöhungen zuzulassen aber gleichzeitig auch das Interesse, dass der Verein floriert. Ist dies eventuell ein Interessenkonflikt, der bei der Mitwirkung bei Mietspiegeln eine Besorgnis der Befangenheit von Mietervereinsvertretern begründet?

(1) Als Mieterhöhungs-Begründungsmittel sind aber auch die Nennung von Vergleichswohnungen und die Bezugnahme auf ein Fachgutachten zugelassen.

***Carl-D.A.Lewerenz**, Dipl.-Jur. (Ruhr-Universität Bochum) war von 1982 bis 1987 Vorsitzender des Mietervereins Bochum und Umgegend e.V. und wirkt derzeit als Vorstandsmitglied im Mieterschutzbund e.V., dem bundesweit über 35.000 Mitglieder angehören.*

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO
gegen eine Kostenbeteiligung von 20,– € pro Jahr.

Rechnungsanschrift *(AbonnentIn)*
Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift *(falls von Rechnungsanschrift abweichend)*
Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____

Zahlungsweise
O **Verrechnungsscheck** über 20,– € liegt bei
O **Überweisung** über 20,– € ist erfolgt
am _____ an ***AMOS***, Marl,
IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Wolfgang Dominik

Menschenort 34

Vom Zwangsarbeiterlager zum alternativen Wohnprojekt

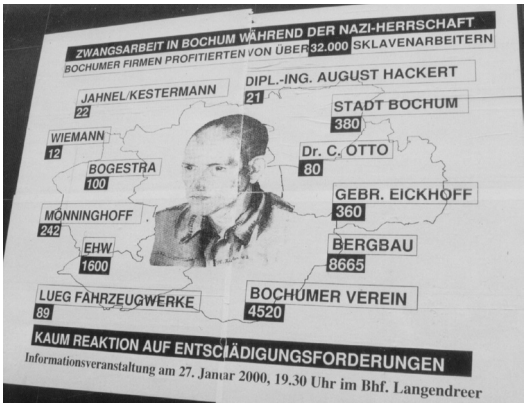
Zwangsarbeit gab es im Faschismus ab 1933. Die Moorsoldaten sind nur ein Beispiel. Zwangsarbeit im meist gebrauchten Sinn war Arbeit von SklavenarbeiterInnen, von Männern und Frauen jeglichen Alters, aber möglichst zwischen 15 und 50 Jahre alt, die vor allem in den von den faschistischen Armeen eroberten Ostgebieten geraubt wurden.

In der Gewerkenstraße in Bochum-Gerthe steht eins von tausenden von Lagern, die ab 1940 eingerichtet wurden. Allein in Bochum vegetierten Ende 1944 ca. 32.500 ZwangsarbeiterInnen – 1/7 der Gesamtbevölkerung – in über 150 KZ-ähnlichen Lagern. Alle Unternehmen, Behörden, Kirchen forderten ZwangsarbeiterInnen an. Die meisten Lager wurden in Eigenregie dieser Profiteure geführt, allerdings betrieb auch das KZ Buchenwald in Bochum zwei Außenlager. Die Überlebensbedingungen in den Lagern waren unvorstellbar schlecht: Krankheiten, Hunger, Schläge, und auch in Gerthe 14-stündige Arbeitstage auf der Zeche Lothringen.

Am 8. Mai 1945 überfiel ein institutioneller Gedächtnisverlust die Ausbeuter der ZwangsarbeiterInnen. Aber auch große Teile des späteren westdeutschen Staatsapparates wie auch größte Teile der Bevölkerung waren gekennzeichnet durch eine kollektive Amnesie. In Bochum hat die VVN-BdA Bochum immer wieder auf das Schicksal der ZwangsarbeiterInnen hingewiesen, von denen auf dem Hauptfriedhof Bochum ca. 1.800 in ungepflegten Gräbern liegen.

In viele Lager wurden nach 1945 „Ostflüchtlinge“ gesteckt. In Gerthe waren es Jungbergleute, später „Gastarbeiter“. Die Zeche arbeitete bis 1966.

Als ab 1990/91 das Thema „Entschädigung“ von ZwangsarbeiterInnen allmählich auf die Tagesordnung kam, wurde von allen Profiteuren der Zwangsarbeit gemauert, verleugnet, gelogen, abgewiegelt. Schätzungen belaufen sich bis auf 700 Mrd. Euro, die das deutsche Kapital durch ZwangsarbeiterInnen verdient hat, und die mithalfen, das spätere „Wirtschaftswunder“ in der BRD in die Wege zu leiten. Schließlich einigte „man“ sich darauf, den noch lebenden ZwangsarbeiterInnen nach umständlichen, oft ergebnislosen, Prozeduren ein Trinkgeld zu zahlen. 75% davon trugen die SteuerzahlerInnen, die Profiteure selbst kamen billig davon. Ca. 2,5 Mrd. Euro, von über 6.000 Unternehmen aufgebracht, sind ein Schnäppchenpreis angesichts der Profite.



Das Lager in Gerthe sollte wie tausende anderer Lager abgerissen werden, auch weil der Boden, auf dem das Lager stand, mit Industriegiften verseucht war. StudentInnen der Ruhr-Uni gelang es in mühseligen Verhandlungen ab 1983 ein alternatives basisdemokratisches Wohnprojekt zu entwickeln. Einen Schock erlebten sie 2001, als sie erfuhren, dass sie in inzwischen von ihnen umgebauten Baracken lebten, in denen vor wenigen Jahrzehnten ZwangsarbeiterInnen lebten und starben. Die StudentInnen gründeten den Verein „Bewahren durch Beleben“. Bei den Arbeiten zur Abtragung des vergifteten Bodens kamen Dinge zum Vorschein, die den ErstbewohnerInnen des Lagers gehört haben müssen: Von Tassen bis zum Essbesteck wurden die Funde in einem im

Wohnprojekt Gerthe eG, ehemalige Fremdarbeitersiedlung, dahinter das Maschinenhaus der Zeche Lothringen, Foto: Manfred Walz

ehemaligen Maschinenhaus eingerichteten kleinen Museum gesammelt. Einige Zeit spielte alle 4 Wochen in öffentlich bekannt gemachten Vorstellungen eine Schauspielerin Klawdija, ein Mädchen aus der Ukraine, von Deutschen verschleppt nach Gerthe ins Lager. Sie erzählte bei einem Gang durch das Gelände von ihrem elenden Leben und Tod in Gerthe. Alle BesucherInnen waren tief erschüttert und meinten, mehr über Zwangsarbeit im Faschismus während der Vorführung gelernt zu haben als durch -zig Bücher zum Thema.

Seit 2005 ist das ehemalige Lager als Denkmal anerkannt.

Aus dem Ort der Unmenschlichkeit ist ein Menschenort geworden. Heute leben ungefähr 50 Erwachsene mit ca. 20 Kindern in dem Projekt, das nun eine selbstverwaltete Genossenschaft ist.

Wer mehr über Zwangsarbeit in Bochum wissen will: Am Sonntag, 22.10. 17, macht der Verfasser im Auftrag der VHS einen Rundgang zum Thema „Zwangsarbeit und Kriegswirtschaft in Bochum“. Beginn ist 14.00 Uhr am Gewerkschaftshaus, Alleestr. 80. Die VHS verlangt einen Unkostenbeitrag von 5, erm. 3 Euro. Anmeldung erwünscht unter 0234/9101555.

***Wolfgang Dominik**, Jg: 44, ehemals Lehrer für Geschichte, Soziologie, Psychologie, Religionskritik. Mitglied der DFG-VK, VVN-BdA, GEW, seit „ewigen Zeiten“ auch aktiv im Friedensplenum Bochum ...*

Rolf Euler

Gesichtserkennung –
Überwachungs-Probelauf in Berlin

Nicht „Schau mir in die Augen...“ sondern: schaut der Kamera in die Augen – und lasst euer Gesicht erkennen, wo und wann ihr gerade unterwegs seid, ihr Untertanen des sich mit christlichem Vorzeichen schmückenden Innenministers der Sicherheits-Misere.

Zu Zeiten von 1948 war es nur die Phantasie des George Orwell, der die Kamera an allen Orten und Überwachung der Menschen beschrieb. Das wird nun getoppt von Polizei, Bundespolizei, Deutscher Bahn und Innenministern.

Es geht da nicht mehr nur um Überwachung von Plätzen in der Stadt – auch die soll ausgeweitet werden. Es geht darum, „Gefährder“ aus der Menge zu erkennen und ihren Weg – das ist der Anfang zur Probe – in den Berliner Südbahnhof zu registrieren.

Bloße Video-Überwachung wie tausendfach in London und auch in vielen deutschen Städten an öffentlichen Plätzen reicht nicht, die Gesichtserkennungssoftware ist inzwischen weit fortgeschritten und soll der Polizei zur Verfügung stehen.

„Für‘n Appel und ‘n Ei“ stellen Versuchspersonen freiwillig die Daten ihrer Gesichter zur Verfügung. Diese sollen von den Kameras dann automatisch erfasst werden, wenn sie im Bahnhof auftauchen. So soll getestet werden, ob die Software den realen Menschen aus der Menge heraus erkennt, dessen Gesicht sie nur als Datei kennt.

Gesichtserkennung arbeitet mit den typischen Koordinaten eines Gesichtes wie Augenabstand, Mundbreite, Nase-Augen-Mund-Verhältnis, Ohrenabstand usw., verwendet also genau die biometrischen Daten, die bei der Passfotografie seit vielen Jahren verlangt werden und die z.B. aus einem Passbild bei der automatischen Kontrolle auf Flughäfen ausgelesen werden. Dort dienen sie zur Identifizierung des im Pass befindlichen Fotos mit der Videoaufnahme des Menschen am Kontrollgang.

Foto: digitalcourage

Am Bahnhof Südkreuz wird nun dasselbe ausgetestet, die Software soll aus einer großen Menge von Leuten die Versuchspersonen herausfinden und der Überwachung signalisieren.

Das Bundesinnenministerium versichert natürlich, dass der Datenschutz eingehalten wird, und es nur um Vorsorge gegen Terror geht. So wurden denn im Bahnhof Südkreuz kleine Hinweise angebracht, die signalisieren, wo die Gesichtserkennungskameras arbeiten und wo nicht. Kritiker wie der Verein „digitalcourage“ oder Datenschützer und die Opposition sehen eine eigentlich unzulässige verdachtslose Generalüberwachung und Personenkontrolle. Da vorgesehen ist, die Überwachung auch auf „nicht ortsgemäßes Verhalten“ auszudehnen, ist der Bewegungsprofilanalyse Tür und Tor geöffnet. So sollen angeblich auch fallende Menschen erkannt werden, aber natürlich auch rauchende und trinkende Menschen, oder Verhalten, das nach Meinung der Software-Entwickler nicht „normal“ ist.

Um „Gefährder“ oder wen auch immer zu erkennen, muss ein Bild von ihnen bereits vorliegen, das von der Software dann mit dem realen Bild aller vorbeilaufenden Menschen verglichen wird.

Foto: Heise

Die in jüngster Zeit verabschiedeten Gesetze zur Erweiterung und möglichen Privatisierung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum sowie die Erlaubnis für Polizei und Behörden, auf die bei den Passämtern gespeicherten Fotos zugreifen zu dürfen, zeigen eine Überwachungs- und Datensammelmentalität von Polizei und Geheimdiensten, die George Orwell eigentlich nur am Beispiel totalitärer Staaten vorwegahnte.

Wenn man hier Zwei und Zwei zusammenzählt, wäre die Folgerung, dass die Millionen Passfotos aus den Melderegistern der Gesichtskontrolle zur Verfügung stehen, um Überwachung zu ermöglichen. Das bedeutet für die Erhöhung der Sicherheit nichts, für die beschworene Freiheit sehr viel.

Gegenmaßnahmen, die schon in Internet-Foren diskutiert werden, bleiben individuelle Lösungen. Worum es gesellschaftlich geht, sei vom Hackercamp zitiert.* Phil Zimmermann antwortete auf die Frage nach dem Austricksen der Gesichtserkennung: „Klar kann man sich das Gesicht bemalen oder lustige Brillen nutzen oder Infrarot-LEDs, die die Kameras anblitzen. Doch eine Antwort muss von der Zivilgesellschaft kommen und für alle Bürger gelten, nicht nur für Hacker. Das ist eine politische, keine technische Frage.“

Nachdem sich herausgestellt hat, dass den Versuchspersonen ständig arbeitende Sender untergeschoben wurden statt passiver elektronischer Bausteine, hat jetzt sogar die konservative Datenschutzbeauftragte den Abbruch des Versuchs gefordert. Wären nicht die Aktivisten des Vereins „digitalcourage“ gewesen, wäre ein weiterer Überwachungsskandal nicht aufgedeckt worden!

*https://www.heise.de/newsticker/meldung/Was-war-Was-wird-Im-Leben-von-Metamorphosen-umgeben-3793732.html
https://digitalcourage.de/blog/2017/selfiestattanalyse-masken-gegen-ueberwachung

Rolf Euler**, viele Jahre auf, viele Schichten unter der Erde. Viele gute Tage mit Menschen – seit 1968 auch mit **AMOS

Hartmut Dreier/

2. Juni – 50 Jahre

Rückblick auf die Veranstaltung

„Wir Gründerstudenten e.V.“ (Ruhr-Universität Bochum) und AMOS hatten eingeladen zur Diskussion „50 Jahre 2.Juni – in Berlin und in Bochum“ am 2. Juni 2017 im bahnhof langendreer in Bochum. Trotz sehr heißem Wetter kamen am Freitag vor dem langen Pfingstwochenende erfreulicherweise rund 100 Menschen und davon blieben mehr als die Hälfte bis zum Schluss. Nach dem Auftakt mit dem sehr wichtigen Film von Roman Brodman „Der Polizeistaatsbesuch“ sprach Wolfgang Kraushaar zum Thema „2. Juni 1967“: er berichtete von neuen Forschungen auch zum Tag danach – Berlin am 3. Juni 1967. Direkt ging es gleich weiter – ersichtlich auch zu deren Überraschung – mit Robert Bosshards künstlerischer Intervention zusammen mit seinem Freund Achim Krämer am Schlagzeug. Auch Roberts Provokation wurde nicht diskutiert, sondern anschließend rezitierte G. Violet eindrucksvoll aus Uwe Timms „Der Freund und der Fremde“. Dann erst kam es zur allgemeinen Diskussion, etwas spät, der Dampf war raus.

„Alte Kämpfer“ treffen sich – das ist immer gut. Aber in bleiernen Zeiten, wie sie auch heutzutage herrschen, braucht es Zeit für Debatten und aktualisierende Klärungslust, für Lebensfreude gepaart mit Widerborstigkeit, in kreativer Militanz und geistiger Aufgeklärtheit. Diese Veranstaltung blieb vage. Wie wird es, wenn ***AMOS*** in 2018 50 Jahre alt wird?

Ich bin überrascht, wie viel die Medien in diesem Jahr um den 2. Juni herum über die Ereignisse vor 50 Jahren berichteten. Dabei stand Benno Ohnesorg und sein Tod im Mittelpunkt, nicht aber die Massendemos und breiten Proteste in Berlin und in der damaligen BRD. Für uns Linke und Kritische Kreise bleibt immer wichtig, an diese Erhebungen zu erinnern. Tod für sich kann ohnmächtig machen, Erinnerung an Aufständisches und Selbstorganisation ermutigt auch heute.

***Hartmut Dreier**, seit ‘68 auch beim **AMOS**.*

Lesetipp

Rupert und Christel Neudeck
Was man nie vergessen kann. Erinnerungen vietnamesischer Bootsflüchtlinge
Peter Hammer Verlag, Wuppertal 2017, 182 S.
In der aktuellen Abschottung und dem Push-back gegen Flüchtlinge im Mittelmeer erscheint soeben dieses Taschenbuch: 13 Erinnerungen von Bootsflüchtlingen aus dem damaligen Vietnam, erstmals veröffentlichte Tagebuchaufzeichnungen und Einzelheiten dieser Rettungsaktionen in Privatinitiative, die 1979 zunächst in Frankreich auf Betreiben von Jean Paul Sartre, André Glucksmann, Bernard Kouchner begannen. Christel und Rupert Neudeck wurden dadurch zur praktischen Solidarität angespornt und durch sie viele weitere Freiwillige hierzulande. „Cap Anamur“ begann. Sie retteten 11.300 Menschen von 226 Booten vor den Küsten Vietnams. – Christel Neudeck vollendete das noch zu Lebzeiten von Rupert gemeinsam begonnene Buch; Rupert starb im Mai 2016. Bettina von Clausewitz hat es redaktionell bearbeitet. – Die Bootsflüchtlinge erlebten sich als Opfer nach dem Sieg des Vietcong im befreiten Vietnam, für das wir und viele Menschen „1968“ demonstrierten und sich politisierten. Wenn Volksbefreiung und Revolution erfolgreich sind und als Sieger „Umerziehung“, „Lager“ u.a. inszenieren, wird Revolution konterrevolutionär-repressiv und „internationale Solidarität“ dialektisch-komplex. „Cap Anamur“ hat gültige Maßstäbe gesetzt. Das Buch ist aufregend. *Hartmut Dreier*

Lesetipps

Ingrid Krau
Verlöschendes Industriezeitalter – Suche nach Aufbruch zwischen Rhein und Emscher
erscheint Anfang 2018
Wallstein Verlag, Göttingen, 128 S., 20 Fotografien
Wie lässt sich die Stagnation, die Rückentwicklung der Großregion „Ruhrgebiet“, einst wirtschaftlich dynamischer Teil Deutschlands, verstehen und erklären? Ingrid Krau, die im Ruhrgebiet aufwuchs und dort lange arbeitete aus Interesse an dieser exzeptionellen, von der Industrie geprägten Region, ging in die kommunale Entwicklungsplanung Duisburgs. Danach forschte und erarbeitete sie Konzepte der Nachnutzung der Anlagen von Stahlindustrie und Bergbau für die IBA Emscherpark. Sie beschreibt die Unbeweglichkeit der Institutionen gegenüber dem Niedergang der altindustriellen Region, der sich seit der „Wendezeit“ von 1990 verstärkt, und diagnostiziert eine fest gefügte Abhängigkeit der Pfade des Handelns, die die Großunternehmen und die Landes- und Kommunalpolitik der Region zusammenband und weiter -bindet – mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu erhalten, wo Rationalisierungen, Mechanisierungen, Automation und radikale Betriebsschließungen die abhängige Arbeit in unvorstellbaren Größenordnungen abgeschafft haben. Damit verschwand allerdings auch die unternehmerische Verantwortung für die Vielen. | *Welche Chancen, die Abwärtsspirale zu überwinden, bietet die Region?* Die Autorin zeigt ein vielschichtiges Bild der Region, verbunden mit dem Ziel, Wege in eine mögliche und wieder prosperierende Zukunft zu finden. In einer Region, die bisher eher Wege der Abhängigkeit bot, sieht sie den zukünftigen Weg nicht allein als Ergebnis der noch bescheidenen Initiativen der Selbstqualifizierung, sondern auch im unverzichtbaren Engagement der Ruhrwirtschaft und der Landespolitik zu einer stetigen Neuorientierung in Bildung und Qualifizierung.
Manfred Walz

Christoph Rauhut, Niels Lehmann
Fragments of Metropolis – Rhein & Ruhr
Das expressionistische Erbe an Rhein und Ruhr
Hirmer Verlag, München 2016
Der Wahrheit zuliebe sage ich sofort: It’s stupid it’s architecture. Ca. 140 Farbphotos zeigen die wunderschöne rosa- oder rotbraune Klinkerarchitektur des niederdeutschen Expressionismus der 1920er Jahre vor niederdeutsch-hellblauen Himmeln, unterschiedlich Anspruchsvolles, Wohnhäuser, Kirchen, Verwaltungsbauten, Firmensitze und Privathäuser. Tatsächlich entwickelte sich dies im Nebeneinander von Städten und Stadtteilen, von politischen und privaten Impulsen und von kultureller und ökonomischer Repräsentation. Stadtentwicklung Deutschlands nach dem Ersten Weltkrieg im 20. Jahrhundert, das sind immer wieder wegbrechende Kunstdiskurse und schnelllebig wandelnde Wertschätzungen. Auch der Skandal historischer Vergesslichkeit oder Kurzsichtigkeit und ein wenig zimperlicher Umgang mit dem baukulturellen Erbe gehen mit der Stadtentwicklung im 20. Jahrhundert einher. Deswegen wissen wir auch so wenig von der Architektur des frühen 20. Jahrhunderts in Düsseldorf, Köln, Gelsenkirchen, Essen, Herne oder Hamm. Das handliche Buch von Christoph Rauhut und Niels Lehmann hilft uns auf die Sprünge. Es präsentiert selbstverständlich Vieles von den damaligen Großarchitekten wie Peter Behrens, Wilhelm Kreis, Josef Frank, Paul Bonnatz, Fritz Schupp und Martin Kremmer oder Dominikus Böhm. Aber auch die mutige Villa Albert Schwarz (S. 9) eines eher wenig bekannten Architekten Fritz Fuß in Köln ist in dem Buch. Es zeigt das Amtsgericht Dorsten (S. 26) von Hugo Witt, die erstaunliche Lutherkirche (S. 37) in Datteln von Hugo Pfarre, Heinrich Strunck und Josef Wetzlar oder das „Rathaus Oberhausen“ (S. 131) von einem F. Ludwig, sie alle bekamen ihre Fotoseite. Jeder Bau ist ein Statement.
Christoph Rauhut denkt, dass diese Architektur den „stolzen Wunsch eines Fortschritts“ (S. VIII) zeigt. Er hebt ihre lokale, kulturelle und regionale Vielfalt hervor. Richtig sind auch seine Hinweise auf die einen besonderen Stil fördernden Professoren Wilhelm Kreis als langjähriger Leiter der Kunstgewerbeschule Düsseldorf und Alfred Fischer als ebenso langjähriger Leiter der Handwerker- und Kunstgewerbeschule Essen. Vielleicht erzählt das Buch ein bisschen zu wenig davon, dass die expressionistische Architektur der 1920er Jahre eine Architektur in wirtschaftlich extrem schwierigen Zeiten und eine Architektur in einer gesellschaftlich und politisch tief gespaltenen deutschen Gesellschaft war. War das Vermauern des rosa bis rostroten Klinker – Stein für Stein – vielleicht nicht nur „Stil“, sondern auch ein Beschäftigungsprogramm? Ist der Unterschied zwischen Rhein-Terrasse, Tonhalle und Ehrenhof in Düsseldorf von Wilhelm Kreis und der Marktschule in Gelsenkirchen-Ickern von Alfred Fischer nicht auch ein Ausdruck der gesellschaftlichen Spaltung Deutschlands damals, in ärmer und reicher und in politisch eher links und eher rechts?
Sebastian Müller

Claus Bredenbrock

2. Juni 1967 – 18. Oktober 1977: Ein (west)deutsches Jahrzehnt

40 Jahre „Deutscher Herbst 1977“ und eine Geschäftsidee der Firma Dornier

Ende Juli 2017 wird bekannt: die geschichtsbeladene Boeing 737, die den Namen „Landshut“ trug und bis 1985 im Dienst der Lufthansa stand, ist von Bundesaußenminister Sigmar Gabriel vor dem Verschrotten gerettet worden. Das ausgeschlachtete Flugzeugwrack stand auf einem Flugzeugfriedhof im brasilianischen Fortaleza und soll jetzt nach Deutschland geschafft und dort ausgestellt werden.

Mogadischu 1977

Am 13. Oktober 1977 war die „Landshut“ auf ihrem Linienflug mit Urlaubern auf der Rückriese von Palma de Mallorca nach Frankfurt am Main durch ein vierköpfiges Kommando der palästinensischen Organisation PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) entführt worden. Die Entführer wollten ihre Aktion damals als Unterstützung für die Rote Armee Fraktion (RAF) verstanden wissen, die zur gleichen Zeit den Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer in ihrer Gewalt hielt. Ihre gemeinsame Forderung: elf in Stuttgart-Stammheim einsitzende Häftlinge der RAF sollten im Austausch gegen die Geiseln freigegeben werden. Die sozialliberale Bundesregierung lehnte das ab. Bundeskanzler Helmut Schmidt gab stattdessen den Befehl, die im somalischen Mogadischu stehende „Landshut“ zu befreien. Am 18. Oktober 1977 stürmte die deutsche Sondereinheit GSG 9 des Bundesgrenzschutzes das Flugzeug und tötete drei der vier Palästinenser. Alle Geiseln überlebten, viele von ihnen bis heute schwer traumatisiert. Nur der Flugkapitän Jürgen Schumann war bereits zwei Tage zuvor von den Palästinensern getötet worden. In der Nacht nach der Erstürmung des Flugzeugs in Mogadischu starben in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim die Häftlinge Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin, die Insassin Irmgard Möller überlebte die Nacht schwer verletzt. Einen Tag später wurde Hanns Martin Schleyer im elsässischen Mulhouse ermordet aufgefunden. Der sog. „Deutsche Herbst“ 1977 hatte sein blutiges Ende genommen.

Vielleicht wird die Boeing 737 bis zum 40. Jahrestag der Erstürmung der entführten „Landshut“-Maschine am 18. Oktober 2017 ja bereits wieder in Deutschland sein. An diesem Tag ist eine Gedenkveranstaltung mit dem Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier geplant. „Das Vergangene ist nicht tot“ schrieb William Faulkner einmal „es ist nicht einmal vergangen“.

Berlin 2. Juni 1967

Ganz sicher besteht heute weitgehend Einigkeit darüber, dass die Ereignisse des „Deutschen Herbstes“ ihren Ursprung in Geschehnissen haben, die sich 10 Jahre zuvor im damals noch geteilten Berlin abgespielt haben. Damals weilte der Schah von Persien – durch einen von britischen und amerikanischen Geheimdiensten organisierten Putsch ins Amt gehoben – in West-Berlin. Berliner Senat, Bundesregierung und Bundespräsident Heinrich Lübke hießen ihn herzlich willkommen, doch beim Besuch der Oper kam es zu Demonstrationen gegen den Schah. Dabei wurde am 2. Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg durch einen Kopfschuss getötet.

Am Vortag hatte der iranische Oppositionelle Bahman Nirumand einen bewegenden Vortrag über das Unrechtsregime in seinem Land gehalten. Aber nicht internationale Solidarität allein war Anlass der Proteste. Am 10. März 1967 hatte das Bundeskabinett Notstandsregelungen zur Aufnahme in das Grundgesetz verabschiedet und in den Bundestag und Bundesrat zur Beratung überwiesen. Der Historiker Eckard Michels verweist in seinem Buch „Schahbesuch 1967. Fanal für die Studentenbewegung“ darauf, dass in Teilen des akademischen Milieus der Besuch des Kaiserpaars „angesichts der seit Anfang Mai 1967 einsetzenden großen Sicherheitsvorkehrungen als Notstandsübung“ gegolten habe. Ausführende Staatsorgane hätten ihre Durchsetzungskraft auf die Probe stellen wollen.

Nach der Erschießung Benno Ohnesorgs verschärften sich die politischen Konflikte im alten Westdeutschland und in West-Berlin kontinuierlich: nach dem Attentat auf den Studenten Rudi Dutschke zu Ostern 1968 auf dem Berliner Kurfürstendamm kam es zu offenen Straßenschlachten zwischen Demonstranten und der Polizei, in Berlin versorgte der V-Mann und Verfassungsschutzbeamte Urbach die Demonstranten aus einem großen Weidenkorb mit etwa einem Dutzend zündfertiger Molotowcocktails. Außerdem zeigte er den Demonstranten, wie Autos umgekippt werden konnten, damit das Benzin aus dem Tank lief.

Der Radikalenerlass

Durch den „Gemeinsamen Runderlass der Ministerpräsidenten und aller Landesminister zur Beschäftigung von rechts- und linksradikalen Personen im öffentlichen Dienst“ vom 18. Februar 1972 eskalierte das politische Klima weiter. Der Erlass hatte zum Ziel, die Beschäftigung sog. Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst zu verhindern. Von 1972 bis zur endgültigen Abschaffung der Regelanfrage, zuletzt 1991 in Bayern, wurden bundesweit insgesamt 3,5 Millionen Personen überprüft. Davon wurden 1.250 überwiegend linksorientierte Lehrer und Hochschullehrer nicht eingestellt, rund 260 Personen entlassen.

Die „Bewegung 2. Juni“

Nachdem am 4. Dezember 1971 Georg von Rauch in Westberlin beim Versuch seiner Festnahme erschossen wurde, gründete sich im Januar 1972 die „Bewegung 2. Juni“. Diese verübte eine Reihe von Bombenattentaten, Banküberfällen und Entführungen von Funktionsträgern des Staates und aus der Wirtschaft. Der Präsident des Berliner Kammergerichts Günter von Drenkmann wurde 1974 bei einem fehlgeschla-

genen Entführungsversuch erschossen. Am 27. Februar 1975 wurde drei Tage vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus der Spitzenkandidat der CDU, Peter Lorenz, entführt. Er wurde fünfeinhalb Tage in einem extra ausgebauten Keller gegenüber dem Kreuzberger CDU-Büro gefangen gehalten, im Austausch mit Lorenz wurden zwei bei einer Demonstration Inhaftierte freigelassen, sowie fünf Häftlinge in Begleitung des Pfarrers Heinrich Albertz in den Südjemen ausgeflogen. Albertz war von der „Bewegung 2. Juni“ ausgewählt worden, da er am 26. September 1967 wegen der Erschießung Benno Ohnesorgs als Berliner Bürgermeister zurückgetreten war und sich in der Folgezeit kritisch mit den Ereignissen rund um die Demonstration am 2. Juni 1967 in West-Berlin auseinandergesetzt hatte.

Stammheim und die Folgen

Bereits im Juni 1972 war die Journalistin Ulrike Meinhof, Mitglied der RAF, in Hannover verhaftet worden. Sie verbrachte den Rest ihres Lebens in Untersuchungshaft, weitgehend isoliert von Außenkontakten. Im November 1974 wurde sie wegen Mordversuchs zu acht Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Ab 1975 war sie im Stammheim-Prozess mit den übrigen RAF-Führungsgliedern wegen vierfachen Mordes und 54-fachen Mordversuchs angeklagt. Am 9. Mai 1976 fanden Justizbeamte Ulrike Meinhof mit einem aus Handtuchstreifen geknoteten Strick um den Hals erhängt am Fenstergitter ihrer Zelle. Ihre Anwälte durften die Spurensicherung nicht begleiten.

Am 5. September 1977 nahm der „Deutsche Herbst“ sein vorläufiges, blutiges Ende: der Arbeitgeberpräsident Hans Martin Schleyer wurde in Köln entführt, sein Fahrer und drei in einem Auto folgende Leibwächter wurden erschossen. Er selbst wurde verschleppt. Seine Entführer forderten von der Bundesregierung die Freilassung von elf inhaftierten RAF-Mitgliedern.

Die Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt entschied sich, nicht auf die Forderungen einzugehen. Dabei blieb sie auch nach der Entführung des Flugzeugs Landshut am 13. Oktober 1977. Sie ließ die „Landshut“ am 18. Oktober auf dem Flughafen Mogadischu von der GSG 9 des Bundesgrenzschutzes stürmen. Dabei wurden die als Geiseln genommenen Passagiere befreit. Schleyers Angehörige hatten die Haltung der Bundesregierung abgelehnt und ein Lösegeld von 15 Millionen DM bereitgestellt, dessen Übergabe die Behörden verhinderten. Daraufhin hatte Schleyers Sohn Hanns-Eberhard die Freilassung der RAF-Häftlinge beim Bundesverfassungsgericht beantragt. Der Antrag wurde wenige Stunden vor Ablauf des letzten RAF-Ultimatums abgelehnt. Ein Kommando der „RAF“ erschoss Schleyer. Seine Leiche wurde am 19. Oktober 1977 in Mulhouse im Kofferraum eines Audi 100 C1 aufgefunden.

Von den 20 identifizierten Personen des Täterkreises wurden 17 gefasst und rechtskräftig verurteilt, zwei bei der Verhaftung erschossen. Die noch lebenden Beteiligten haben den Namen des Todesschützen bis heute nicht preisgegeben. Das Ex-RAF-Mitglied Peter-Jürgen Boock gab im September 2007 öffentlich an, dass Rolf Heißler und Stefan Wisniewski die Täter gewesen seien.

Tod in Argentinien

Ein anderes, ebenfalls mit dem Tode bedrohtes Leben hat die Bundesregierung damals überhaupt nicht interessiert, das Leben der deutschen Studentin Elisabeth Käsemann. Sie wurde am 9. Februar 1977 während der Militärdiktatur in Argentinien in ein Foltergefängnis verschleppt und starb dort am 24. Mai 1977. Selbst die verzweifelten Bemühungen von Elisabeths Vater, dem renommierten Tübinger Theologen Ernst Käsemann, die Regierung zur Intervention zu bemühen, scheiterten. Am 24. Mai 1977 wurde Elisabeth Käsemann erschossen. Sie war 30 Jahre alt.

Am 5. Juni 1977 trafen sich die deutschen Fußballer in Buenos Aires zum Freundschaftsspiel mit Argentinien. Bis zu seinem Tode hat Hans-Dietrich Genscher, der 1977 Außenminister war, sich nicht zu dem Fall geäußert.

Die Pläne der Firma Dornier

Die „Landshut“ soll übrigens demnächst in der Halle „Whiskey“ am Flughafen Friedrichshafen untergestellt und dort innen und außen saniert werden. „Das Flugzeug ist extrem verwittert. Die Farbe muss ab, Fenster müssen neu eingepasst werden und wir wollen teilweise die Original-Technik und Beleuchtung wiederherstellen“, so David Dornier, Leiter des Dornier Museums. „Klar ist, dass wir mit diesem Schritt das reine Dornier-Firmenmuseum öffnen werden – weil es wichtig ist, sich neuen Themen zu stellen und neue Attraktionen herzubekommen.“ – Über den Stand einer bundesweiten Spendenaktion zur Anschubfinanzierung des „Landshut“-Projekts ist derzeit noch nichts bekannt. „Jeder Deutsche kann damit Teil des Projekts werden“, sagt Dornier. Nach der Anschubfinanzierung sieht Dornier „keine Probleme, das Projekt zu finanzieren“. Man werde auf jeden Fall mehr Besucher haben und könne Eintrittsgelder benutzen, um das Flugzeug zu pflegen. Kritik aus Reihen der Stadtpolitik begegnet Dornier derzeit offensiv: „Das entscheidende ist, dass wir Leute nach Friedrichshafen bekommen. Das wird sicher der Gemeinderat in einer Zeit, wenn das Projekt läuft, auch so sehen. Die „Landshut“ macht die Region attraktiver.“ Laut Pressemitteilung des Dornier-Museums vom Donnerstag sollen auch das Zeppelin-Museum sowie die Stadt und das Hotelgewerbe von der „Landshut“ profitieren.

***Claus Bredenbrock**, geboren 1947, studierte von 1968 – 1974 an der Ruhr-Universität Bochum Rechts- und Sozialwissenschaften. Er arbeitete bis 2012 als Lehrer an Berufsbildenden Schulen und seit Mitte der 80er Jahre auch als Autor und Regisseur im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen, zuletzt mit der 90 Min. Dokumentation „Die US-Präsidenten und der Krieg“ für den WDR.*

Lesetipp

Ulrich Brand/Markus Wissen
Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im Globalen Kapitalismus
München, oekom Verlag 2017, 224 S.
Inzwischen in 3. Auflage ist dieses schon im ***AMOS*** 1|17 angezeigte Buch von den Medien positiv rezensiert worden und steht Ende August 2017 sogar auf der Bestsellerliste von SPIEGEL-Online auf Platz 17. Es bringt offenbar das „allgemeine Unbehagen vieler“ auf den Begriff. Aktueller Link https://de-de.facebook.com/ImperialeLebensweise

Uri Avnery – 2. September 2017

Die Kreuzfahrer und die Zionisten

Vor ein paar Tagen war ich in Cäsarea, saß in einem Restaurant und schaute hinaus aufs Meer. Die Sonnenstrahlen tanzten auf den kleinen Wellen, die mysteriösen Ruinen der alten Stadt schauten geheimnisvoll aus. Es war heiß, aber nicht zu heiß, und ich dachte über die Kreuzfahrer nach.

Es ist in Israel fast ein Tabu, über die Kreuzfahrer zu reden. Wir haben ein paar Experten, aber im Allgemeinen wird das Thema vermieden. Ich kann mich nicht erinnern, während der paar Jahre, die ich (hier) in die Schule ging, etwas über die Kreuzfahrer gehört zu haben.

Das ist nicht so erstaunlich wie es klingen mag. Die jüdische Geschichte ist ethnozentrisch, nicht geographisch. Sie beginnt mit unserem (legendären) Vorfahren Abraham und seinen Gesprächen mit Gott und fährt fort bis zur Niederlage der Bar Kochba-Rebellion gegen die Römer im Jahre 136 A.D. Von da an verlässt unsere Geschichte Palästina und tanzt um die Welt und konzentriert sich auf jüdische Ereignisse bis zum Jahr 1882, als die ersten Vor-Zionisten einige Siedlungen im ottomanischen Palästina aufbauten. In der ganzen Zeit dazwischen war Palästina leer – nichts geschah hier.

Das ist, was israelische Kinder heute in der Schule lernen.

Tatsächlich geschahen aber während jener 1.746 Jahre eine Menge Dinge, mehr als in vielen andern Ländern. Das römische, byzantinische, arabische, ottomanische und britische Empire folgte bis 1948 aufeinander. Die Königreiche der Kreuzfahrer waren selbst ein bedeutendes Kapitel.

Die Ähnlichkeit zwischen den Kreuzfahrern und den Zionisten fällt einem sofort auf. Beide Bewegungen brachten eine große Anzahl von Leuten aus Europa ins Heilige Land. (Während des ersten halben Jahrhunderts seiner Existenz brachten die Zionisten fast nur europäische Juden nach Palästina.) Da beide aus dem Westen kamen, wurden beide von den lokalen Muslimen als westliche Eindringlinge bezeichnet.

Weder die Kreuzfahrer noch die Zionisten hatten während ihrer ganzen Existenz einen einzigen Tag des Friedens. Das ständige Gefühl der militärischen Gefahr gestaltete ihre ganze Geschichte, ihre Kultur und ihren Charakter.

Die Kreuzfahrer hatten einige kurzzeitige Waffenpausen, besonders mit Syrien, aber auch wir haben jetzt zwei „Friedensabkommen“ mit Jordanien und Ägypten. Ohne ein wirkliches Gefühl des Friedens und der Freundschaft mit diesen Völkern erscheinen unsere Abkommen eher einem Waffenstillstand als einem Frieden.

Damals wurde das Los der Kreuzfahrer durch die Tatsache leichter, dass die Araber ständig untereinander zerstritten waren, genau wie heute. Bis der große Salah-a-Din (Saladin), ein Kurde, auf der Bildfläche erschien, die Araber einigte und die Kreuzfahrer in der Schlacht bei den Hörnern von Hattin, nahe Tiberias, besiegte. Danach gruppierten sich die Kreuzfahrer neu und blieben für weitere vier Generationen in Palästina.

Die Kreuzfahrer wie die Zionisten sahen sich selbst – ganz bewusst – als Brückenköpfe des Westens in einer fremden und antagonistischen Region. Die Kreuzfahrer kamen natürlich hierher als die Armee des Westens, um den Tempelberg und die Grabeskirche in Jerusalem zurückzugewinnen. Theodor Herzl, der Gründer des modernen Zionismus, schrieb in seinem Buch „Der Judenstaat“, die Bibel des Zionismus, dass wir in Palästina als Außenposten der (westlichen) Kultur gegen die (muslimische) Barbarei dienen werden.

Die Ähnlichkeit der Kreuzfahrer und der Zionisten ist am größten, wenn es um Frieden geht.

Für die Kreuzfahrer war Frieden natürlich undenkbar. Ihr ganzes Unternehmen gründete sich auf das Ziel, Jerusalem und das ganze Heilige Land („Gott will es!“) vom Islam, dem Todfeind, zu befreien. Dies schließt – a priori – jeden Frieden mit Gottes Feinden aus.

Die Zionisten reden endlos über Frieden. Es vergeht keine Woche, dass Benjamin Netanjahu nicht eine berührende Erklärung über seine Sehnsucht nach Frieden abgibt. Aber jetzt ist absolut klar, dass er nicht im Traum einen Zoll Land westlich des Jordan aufgibt. Vor nur wenigen Tagen bestätigte er noch einmal öffentlich, dass er keine einzige jüdische Siedlung auf der Westbank „entwurzeln“ lassen wird. Nach internationalem Gesetz ist jede dieser Siedlungen illegal.

Natürlich gibt es riesige Unterschiede zwischen den beiden historischen Bewegungen – so riesige Unterschiede wie zwischen dem 11. und dem 21. Jahrhundert.

In den Zeiten der Kreuzfahrer war die Idee der modernen Nationen noch nicht geboren. Die Ritter waren Franzosen, Engländer oder Deutsche, aber vor allem waren sie Christen. Der Zionismus entstand aus dem Willen, die Juden der Welt in einer Nation – im modernen Verständnis des Terminus – zu versammeln.

Wer waren diese Juden? Im Europa des 19. Jahrhunderts, einem Kontinent neuer Nationen, waren sie eine unnatürliche Ausnahme und deshalb gehasst und gefürchtet. Aber sie waren in Wirklichkeit ein unverändertes Relikt des byzantinischen Reiches, in dem sich die reine Identität aller Gemeinschaften auf die Religion gründete. Diese ethnisch-religiösen Gemeinschaften waren autonom und standen unter der Jurisdiktion ihrer religiösen Führer.

Ein Jude in Alexandria konnte eine Jüdin aus Antiochien heiraten, aber nicht die christliche Frau aus der Nachbarschaft. Eine römisch-katholische Frau in Damaskus konnte einen römisch-katholischen Mann aus Konstantinopel heiraten, aber nicht einen griechisch-orthodoxen Mann aus derselben Straße. Diese rechtliche Struktur besteht heute noch in vielen ehemaligen byzantinischen Ländern einschließlich – man würde es nie glauben – Israel.

Aber nach allen zeitlichen Unterschieden ist der Vergleich noch gültig und gibt viel Stoff zum Nachdenken – besonders, wenn man an der Küste von Cäsarea, mit der imposanten Kreuzfahrer-Mauer hinter sich, sitzt, nur wenige Kilometer vom Hafen von Atlit entfernt, wo die letzten Kreuzfahrer buchstäblich ins Meer geworfen wurden, als alles vor genau 726 Jahren zu einem Ende kam.

***Uri Avnery**, geb. am 10. September 1923, israelischer Journalist und Friedensaktivist (Gush Shalom). Der ungekürzte Artikel bei www.uri-avnery.de. (dt. Ellen Rohlfs; vom Verfasser autorisiert)*

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:
AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl
E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de
Internet: http://www.amos-zeitschrift.de

— K 12123 —

Was man nie vergessen kann

Erinnerungen vietnamesischer Bootsflüchtlinge

182 Seiten, broschiert
€ 19,90
ISBN 978-3-7795-0578-5

Kleine, seeuntaugliche Boote, erschöpfte Menschen auf der Flucht über das Meer – dramatische Bilder wie diese haben uns schon Ende der 70er Jahre erreicht.

Damals flohen 1,6 Millionen Vietnamesen über das Chinesische Meer aus ihrer Heimat, viele erreichten nie ein rettendes Ufer. Mehr als zehntausend der „Boat People" aber konnten von der Cap Anamur, einem privaten deutschen Rettungsschiff, in Sicherheit gebracht werden.

Zum ersten Mal erzählen sie jetzt öffentlich von ihren Erlebnissen. Von Verfolgung und Hoffnungslosigkeit in ihrer Heimat und von der Entscheidung, ihr Leben zu riskieren, um anderswo in Freiheit zu leben.

Rupert Neudeck, der mit seiner Frau *Christel* die „Cap Anamur – Deutsche Not-Ärzte e.V." gründete, initiierte dieses Buch, bevor er 2016 unerwartet starb. Christel Neudeck hat sein Projekt zu Ende geführt.

PETER HAMMER VERLAG

www.peter-hammer-verlag.de